Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6953

24. 04. 90

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

über die Tagungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 29. Januar bis 2. Februar 1990 in Straßburg

Während des Vierten Teils der 41. Sitzungsperiode vom 29. Januar bis 2. Februar 1990 erörterte die Parlamentarische Versammlung des Europarates Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse zu folgenden Themen:

Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses

Bericht des Ministerkomitees

Politische Fragen

— Die Situation in Mittel- und Osteuropa (*Empfehlung* 1119 — S. 10)

Hierzu sprachen die Abg. Antretter (S. 9) und Böhm (Melsungen) (S. 9)

— Ansprache des ungarischen Ministerpräsidenten, Miklos Nemeth (S. 6)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Ahrens (S. 8), Reddemann (S. 8) und Dr. Klejdzinski (S. 9)

— Ansprache des polnischen Ministerpräsidenten, Tadeusz Mazowiecki (S. 12)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Ahrens (S. 15) und Reddemann (S. 16)

— Ansprache des Präsidenten der Republik Zypern, Georges Vassiliou

Verkehrsfragen

— Antwort auf den 34. und 35. Jahresbericht der europäischen Verkehrsministerkonferenz (CEMT) von 1987 und 1988 *(Entschließung* 938 — S. 27)

Hierzu sprach Abg. Antretter (S. 25)

— Ansprache des schwedischen Ministers für Verkehr und Kommunikation, Georg Andersson, Vorsitzender der europäischen Verkehrsministerkonferenz

— Die zunehmende Überlastung der Flughäfen und des Luftraumes in Europa *(Entschließung* 939 — S. 29)

Flüchtlingsfragen

— Flüchtlinge aus Ländern Mittel- und Osteuropas *(Empfehlung* 1120 — S. 23)

Hierzu sprach Abg. Böhm (Melsungen) (S. 22)

— Die Lage der libanesischen Zivilbevölkerung, die aus ihrem Land flüchtet *(Entschließung* 940 — S. 31)

Rechtsfragen

— Die Rechte des Kindes *(Empfehlung* 1121 — S. 24)

Wissenschafts- und Technologiefragen

— Die Auswirkungen der Telekommunikation für Europa *(Entschließung* 937 — S. 20)

Hierzu sprach Abg. Dr. Klejdzinski (S. 19)

Landwirtschaftsfragen

— Die Auswirkungen der Flächenstillegungsprogramme in den ländlichen Regionen *(Entschließung* 936 — S. 18)

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Klejdzinski (S. 16) und Niegel (S. 17)

— Die Wiederbelebung der Landwirtschaft mit der Telematik *(Empfehlung* 1122 — S. 30)

Zum Ablauf der Tagung

Die Reden und Fragen der deutschen Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung sowie die Beschlußtexte sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt, die Antworten zusammengefaßt wiedergegeben.

Den Bericht des Ministerkomitees trug der amtierende Vorsitzende, der portugiesische Außenminister Joao de Deus Pinhero vor. Zu der Versammlung sprachen außerdem der ungarische Ministerpräsident, Miklos Nemeth, der polnische Ministerpräsident, Tadeusz Mazowiecki, der Präsident der Republik Zypern, Georges Vassiliou, sowie der schwedische Minister für Verkehr und Kommunikation, Georg Andersson.

An den Verhandlungen der Versammlung nahm eine parlamentarische Delegation aus Bulgarien teil.

Schwerpunkte der Beratungen

Im Mittelpunkt der Beratungen der Versammlung stand der Bericht des Politischen Ausschusses über *die Situation in Mittel- und Osteuropa.* Berichterstatter Steiner (Österreich) forderte die Mitgliedstaaten des Europarats auf, den mittel- und osteuropäischen Staaten weitreichende Unterstützung bei der Rekonstruktion der demokratischen Institutionen und der Umgestaltung des wirtschaftlichen Systems zu gewähren. Die Förderung demokratischer Reformen sei eine Investition für die Freiheit und den Frieden in Europa. In der sich anschließenden Debatte brachten die Abgeordneten ihre Anerkennung über die Entschlossenheit der Menschen in Ost- und Mitteleuropa zur Durchsetzung ihrer legitimen Rechte zum Ausdruck. Einhellig sprach man sich für eine Fortführung und Intensivierung der bereits auf Grundlage des besonderen Gaststatus bestehenden interparlamentarischen Zusammenarbeit mit der UdSSR, Ungarn, Polen und Jugoslawien aus. Darüber hinaus fordert die Versammlung das Ministerkomitee in einer Empfehlung auf, sich mit den Möglichkeiten einer engeren Einbeziehung von Nichtmitgliedstaaten in die Aktivitäten des Europarates zu beschäftigen und geeignete Formen institutionalisierter Verbindungen über den Rahmen der bereits bestehenden Zusammenarbeit zu schaffen. Der Europarat sei aufgrund seiner 40jährigen Erfahrung in besonderer Weise dazu aufgerufen, auf der Grundlage der gemeinsamen Werte die Strukturen für das Zusammenführen aller europäischer Staaten zu schaffen und die Vision des „Gemeinsamen Europäischen Hauses" in die Realität umzusetzen. Hierauf eingehend wies der amtierende Vorsitzende des Ministerkomitees, *der portugiesische Außenminister Joao de Deus Pinhero,* darauf hin, daß das Ministerkomitee eine außerordentliche Sitzung zu Fragen einer künftigen gesamteuropäischen Zusammenarbeit Ende März in Portugal abhalten werde, zu der es Vertreter der mittel- und osteuropäischen Länder eingeladen habe.

Der Wille der ost- und mitteleuropäischen Staaten, sich enger an den Europarat zu binden, wurde in den Redebeiträgen der Ministerpräsidenten Ungarns und Polens vor der Parlamentarischen Versammlung deutlich. In seiner Ansprache führte *der ungarische Ministerpräsident Miklos Nemeth* aus, daß Ungarn hoffe, noch in diesem Jahr Vollmitglied im Europarat zu werden. Mit den am 25. März 1990 stattfindenden Parlamentswahlen werde Ungarn den friedlichen Übergang zu einer pluralistischen parlamentarischen Demokratie vollziehen. Vorrangige Ziele seien die Schaf-

fung eines Verfassungsstaates, der die volle Beachtung der Menschenrechte und die Einführung einer sozialen Marktwirtschaft gewährleiste. Ungarn werde sich für eine Überwindung der Teilung des europäischen Kontinents und die Schaffung einer gesamteuropäischen Struktur einsetzen. *Der polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki,* der den Antrag seines Landes auf Mitgliedschaft im Europarat überbrachte, wies in seiner Rede auf das Entstehen eines neuen Gefühls europäischer Zusammengehörigkeit und Solidarität hin. Man könne von einer Wiedergeburt Europas als Einheit sprechen. Polen wolle in den Kreis seiner europäischen Nachbarn als demokratischer Rechtsstaat zurückkehren. Die deutsche Frage dürfe in diesem Prozeß nicht ausgeklammert werden. Jedoch müsse ein vereinigtes Deutschland dem Sicherheitsbedürfnis der beteiligten Parteien Rechnung tragen, und insbesondere müsse die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenzen gesichert sein.

Die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa waren auch Anlaß für eine Debatte in der Versammlung über *Flüchtlinge aus Mittel- und Osteuropa* in den Mitgliedstaaten des Europarates. Es wurde festgestellt, daß die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und Ungarn die Hauptlast dieses Zustroms zu tragen haben. In einer Empfehlung spricht sich die Versammlung für eine größere Solidarität und eine Verteilung der Lasten auf alle Mitgliedstaaten des Europarates aus. Das Ministerkomitee wird aufgefordert, so bald wie möglich eine Ministerkonferenz zu diesem Thema durchzuführen mit dem Ziel, die Politik der Mitgliedstaaten des Europarates aufeinander abzustimmen und Unterstützung für jene Staaten, die die Hauptlast tragen, herbeizuführen.

Weiterer Schwerpunkt der Beratungen der Parlamentarischen Versammlung war die Behandlung des Zypern-Konflikts anläßlich des Besuches des *Präsidenten der Republik Zypern, Georges Vassiliou.* In seiner Ansprache forderte Präsident Vassiliou die Türkei auf, ihre Verantwortung und Verpflichtung als Mitglied des Europarates und anstrebendes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft wahrzunehmen und sich aktiv an einer gerechten und andauernden Lösung des Zypern-Konflikts zu beteiligen. Die Regierung der Republik Zypern sei bereit, ihre nationalen Schutztruppen aufzulösen, wenn die Türkei ihre Truppen von dem Territorium Zyperns zurückzöge. Die hierdurch erfolgten Einsparungen könnten für die Entwicklung Zyperns, insbesondere zur wirtschaftlichen Förderung der türkisch-zypriotischen Gemeinde verwendet werden. Präsident Vassiliou forderte den Vertreter der türkischen Volksgruppe, Rauf Denktasch, auf, entsprechend dem Vorschlag des UN-Generalsekretärs die Gespräche über ein Grundsatzabkommen zur Lösung des Zypern-Konflikts in New York fortzuführen. Eine Lösung sei greifbar; er befürworte den Vorschlag der Schaffung einer vereinigten föderativen Republik Zypern, welche aus zwei Provinzen bestehe, die von der türkisch-zypriotischen Gemeinde bzw. der griechisch-zypriotischen Gemeinde verwaltet werden. Eine föderative Republik Zypern müsse frei von fremden Truppen und angesiedelten Ausländern und vor einseitigen Interventionen geschützt sein. In der anschließenden Debatte begrüßten die Delegierten den Vorschlag von Präsident Vassiliou, Zypern

eine föderative Verfassung zu geben. Die Bereitschaft Vassilious zu einer Demilitarisierung Zyperns und zur Schaffung gleicher Rechte für die türkisch-zypriotischen und griechisch-zypriotischen Bürger fand allgemein Zustimmung. Die Delegierten unterstrichen ihre Bereitschaft, sich im Europarat verstärkt für eine gerechte und friedliche Lösung des Zypern-Konflikts einzusetzen.

Anläßlich des Berichts über den *34. und 35. Jahresbericht der europäischen Verkehrsministerkonferenz von 1987 und 1988* kam es in der Versammlung zu einer lebhaften Debatte über eine zukünftige europäische Verkehrspolitik. Es bestand Einigkeit, daß eine der größten Herausforderungen der Zukunft die starke Überbelastung der Straßen und des Luftraumes und die daraus resultierende Bedrohung der Umwelt sei. In einer Entschließung spricht sich die Versammlung für eine weitgehende Verlegung des Güterverkehrs auf den Schienenweg und für eine europaweite Integration des europäischen Schienennetzes aus. Die Alpenländer müßten bei ihren Bemühungen unterstützt werden, die alpenquerenden Transporte möglichst weitgehend auf den Schienenweg zu verlegen. Die wichtigsten europäischen Städte müßten durch integrierte Netze von Hochgeschwindigkeitszügen miteinander verbunden werden, um Straßen und Flugraum zu entlasten. Auf EG- und EFTA-Ebene seien möglichst strenge gemeinsame Umweltschutzvorschriften für das Transportwesen anzustreben. Hinsichtlich der zunehmenden Überlastung der Flughäfen und des Luftraums in Europa fordert die Versammlung in einer gesonderten Entschließung die Mitgliedstaaten des Europarates und der Europäischen Zivilluftkontrolle auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, ein integriertes Luftverkehrskontrollsystem zu erstellen — vorzugsweise im Rahmen von Eurocontrol —, das den gesamten europäischen Raum abdeckt.

Der schwedische Minister für Verkehr und Kommunikation und Vorsitzende der europäischen Verkehrsministerkonferenz, *Georg Andersson,* ging in seiner Rede vor der Versammlung unter anderem auf die Intensivierung der Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern ein. Wachsender Tourismus, Sozialkontakte, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen würden eine Integration des Transportsystems dieser Länder in ein europäisches Verkehrswesen erfordern. Die Ministerkonferenz habe diesen Anforderungen bereits Rechnung getragen, indem sie Ungarn und Polen einen Beobachterstatus bei der Ministerkonferenz verliehen habe. Minister Andersson betonte, daß der Schienenverkehr eine Schlüsselrolle bei der Erfüllung der Anforderungen eines modernen Kommunikationssystems und der Schaffung eines europäischen Transportsystems einnehme.

Bonn, den 10. April 1990

Gerhard Reddemann	**Dr. Karl Ahrens**
Sprecher	stellvertretender Sprecher

Montag, 29. Januar 1990

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des ungarischen Ministerpräsidenten, Miklos Nemeth

Ministerpräsident Nemeth: Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte Sie im Namen der Republik Ungarn mit aufrichtiger Achtung und Anerkennung begrüßen und mich für die Ehre bedanken, die mir durch die Einladung, vor dieser herausragenden Parlamentarischen Versammlung des Europarates zu sprechen, zuteil wurde. Ich bin froh, daß ich über unsere gegenwärtigen und zukünftigen Beziehungen sprechen und einen Überblick über die derzeitige demokratische Entwicklung in Ungarn geben kann.

Meine Damen und Herren, zu Beginn des letzten Jahrzehnts des zwanzigsten Jahrhunderts ist Europa Schauplatz historischer europäischer Ereignisse, an denen wir beteiligt oder deren Zeugen wir sind.

Wir bemühen uns um die **Beseitigung der unnatürlichen Konfrontation zwischen den östlichen und westlichen Teilen unseres Kontinents,** die noch aus den Jahren des Kalten Kriegs herrührt. In Osteuropa werden nicht nur der Eiserne Vorhang und Mauern abgerissen, sondern auch die ihnen zugrunde liegenden ideologischen Werte und politischen Stereotypen — die Einheitspartei und die zentralisierte Planwirtschaft — beiseite geschoben.

Ungarn zählt zu den ersten Ländern, die von den Veränderungen in Osteuropa betroffen wurden. Wir haben als erste unseren Eisernen Vorhang abgerissen, und damit entstanden die ersten irreversiblen Risse in der monolithischen Struktur des Ein-Parteien-Staates.

Ein über vierzig Jahre altes institutionelles System ist infolge des anhaltenden Drucks, der von seiten der reformwilligen Kräfte des Landes sowohl innerhalb als auch außerhalb der regierenden Partei ausgeübt wurde, nicht länger funktionsfähig.

Die Faktoren, die unserer Ansicht nach während des fast zweijährigen demokratischen, dynamischen und friedlichen Übergangsprozesses besonders wichtig waren, können wie folgt zusammengefaßt werden:

Trotz der sehr unterschiedlichen Programme der politischen Parteien zeichnet sich in einem Punkt Übereinstimmung ab: Wir alle wollen **einen Verfassungsstaat und eine pluralistische parlamentarische Demokratie aufbauen,** unter voller Beachtung der Menschenrechte.

Was die Wirtschaft anbetrifft, sind die unterschiedlichen politischen Kräfte des Landes überwiegend der Meinung, daß es in unserem nationalen Interesse liegt, **eine soziale Marktwirtschaft einzuführen.**

Alle Parteien erkennen die **Bedeutung eines friedlichen Übergangs** an. Daran hält man sich auch, selbst wenn es infolge der Vorbereitungen für die bevorstehenden Wahlen zu gewissen emotionalen Entgleisungen kommt.

Ich hoffe, daß die politischen Parteien und die Öffentlichkeit die Verantwortung und politische Reife zum Ausdruck bringen werden, die sie der Nation schuldig sind.

Unabhängig vom Ergebnis der Wahlen sollten wir hoffen, daß die politischen Parteien einen friedlichen demokratischen Übergang gewährleisten werden, der die politische und soziale Stabilität unseres Landes nicht schwächt, sondern, ganz im Gegenteil, verstärkt.

Wir wissen, daß es im Grunde unsere Sache ist, unser Problem zu lösen, und daß die besondere historische Situation, in der wir uns befinden, zwar eine Gelegenheit dazu bietet, uns jedoch das Handeln nicht abnehmen kann.

Wir wissen auch, daß noch ein langer Weg voller unvorhersehbarer Hindernisse vor uns liegt und wir Opfer zu bringen haben. Wir kämpfen für eine modernere und stabilere Wirtschaft und für eine sicherere und blühendere Zukunft unserer Nation.

Meine Damen und Herren, in wenigen Jahren werden die Ungarn den 1100. Jahrestag ihrer Niederlassung in dieser Region der Welt begehen.

Wir können auf eine **historische Vergangenheit** zurückschauen, **die reich an kulturellem und wissenschaftlichem Erbe ist.** Seit den ganz frühen Jahren der europäischen Zivilisation und seit dem Aufkommen des Humanismus sind die ungarischen Geisteswissenschaftler bemüht, mit europäischen Entwicklungen Schritt zu halten.

Im Laufe seiner ganzen geschichtlichen Entwicklung hatte unser Land immer den tiefen Wunsch, zu Europa zu gehören. Europa kann die Bedeutung des ungarischen Protestantismus und der ungarischen Reformer nicht vergessen, die mit Descartes im Kopfe und dem Protestantismus im Herzen ins Land zurückkehrten. Wir übrigen Ungarn können nicht vergessen, daß all dies — damals wie heute — ein grundlegendes Element unserer nationalen Kultur war und noch ist. An Beispielen dafür fehlt es nicht: Als z. B. die Entwicklung in Ungarn zum Stillstand kam, haben die Intellektuellen immer die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die Bedeutung unserer Zugehörigkeit zu Europa gerichtet. So schrieb der große ungarische Historiker Gyula Szegfü: „Seit dem 18. Jahrhundert ist die Demokratie das Ideal aller ungarischen Patrioten." Leider war sie lange Zeit nur ein Ideal und ein Wunsch. Wir haben uns im Labyrinth der Geschichte verirrt. Die Stürme vergangener Zeiten haben das Leben unserer Nation in Mitleidenschaft gezogen, und mehrmals wurden wir zum Instrument fremder Kräfte und zu deren Knechten erniedrigt. Die Ungarn, die oft ruhmreiche Schlachten um ihr Überleben geschlagen haben, haben es nicht verstanden, in historischen Augenblicken die Gelegenheit zu nutzen, sich für den richtigen Weg zu entscheiden. Wir mußten teuer dafür bezahlen.

Selbst heute kann ich nicht behaupten, daß die Vorstellungen, die sich jeder einzelne Bürger unseres Landes über unsere Zukunft macht, frei von aller Illusion sind.

Eines ist jedoch sicher: Unser Volk und vielleicht alle Völker Mitteleuropas können bestätigen, daß es **ohne Europa, ohne die Welt, keinen Fortschritt im eigenen Land** geben kann. Deshalb möchten wir uns den neuen europäischen Werten anschließen, indem wir jede Art der Feindschaft gegenüber anderen Völkern, ethnischen Gruppen oder Minderheiten beenden.

Für uns Ungarn ist dies eine besondere Lehre, die von der Geschichte in unser Denken eingraviert wurde.

Die Veränderungen, die zur Zeit in unserer unmittelbaren Umgebung stattfinden, bleiben nicht ohne Wirkung auf uns. Diese Veränderungen schaffen ein völlig neues Handlungsschema für den europäischen Entwicklungsprozeß. Alle betroffenen Teile müssen erkennen, daß sie die **Überarbeitung des Konzepts für die europäische Integration** nicht länger hinauszögern können. Es ist unsere Pflicht, immer wieder die Frage zu stellen: Sind wir bereit — mit unserem Verstand und in unseren Herzen — zu akzeptieren, daß soeben ein Kapitel der europäischen Geschichte beendet wurde? Daß eine neue Struktur an die Stelle des geteilten Europas treten wird, daß Trennungslinien, selbst wenn sie weiterbestehen sollten, dann an anderen Stellen verlaufen werden als vorher? Daß diese neue Struktur in Europa unvermeidlich auf die Außenbeziehungen des Kontinents einwirken wird?

Sind wir ebenfalls in der Lage und haben wir auch den Wunsch, in den Bahnen eines vereinten Europas zu denken, oder liegt unsere Vorstellungskraft immer noch in den Grenzen der Geschichte gefangen?

Sind wir bereit, möglichen neuen Konflikten zu begegnen, die durch enger gelagerte menschliche Beziehungen und Interessen entstehen können?

Werden europäische Institutionen geschaffen werden, die die Konflikte lösen können, und werden diese Institutionen genügend Gewicht haben, um national bedingte Bestrebungen zu integrieren, und werden sie in der Lage sein, wirtschaftliche, politische, ethnische und andere Formen eines versteckten Nationalismus zu bewältigen?

Die Herausforderung ist komplex und weit davon entfernt, nur eine handels- oder zollpolitische Angelegenheit zu sein.

Zur Zeit lösen sich die osteuropäischen Länder in ihre Bestandteile auf und befinden sich inmitten eines einzigartigen Wettlaufs mit der Zeit, dessen Ziel die Einführung der Demokratie ist, und dennoch gibt es eine Gleichförmigkeit in den dringenden Botschaften, die sie an die Welt richten. Und all dies geschieht in einem historischen Augenblick, in dem die westlichen Länder des Kontinents ebenfalls nach neuen Mitteln und Wegen für eine europäische Zusammenarbeit suchen.

Meine Damen und Herren, die Regierung der Republik Ungarn wird in ihrem Handeln durch das **Ziel der Schaffung eines völlig unabhängigen souveränen Staates** motiviert. Unsere Außenpolitik ist in Anbetracht unserer geopolitischen Lage und unserer historischen Traditionen auf Europa ausgerichtet und achtet die universellen Werte und Normen der menschlichen Zivilisation.

Wir achten und verteidigen das **Recht der Völker auf Souveränität.** Wir arbeiten mit allen Ländern, Regierungen und Völkern, regionalen und universellen Organisationen und Institutionen zusammen, die sich bereiterklären, im Geiste des internationalen Rechts, der Charta der Vereinten Nationen, der Schlußakte von Helsinki und der Folgetreffen zu handeln, in denen das Prinzip der gleichen Rechte des gegenseitigen Nutzens vorherrscht, und die sich jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder enthalten.

Für die erfolgreiche Durchsetzung unseres demokratischen Übergangsprozesses und die Erhaltung der inneren Stabilität unseres Landes benötigen wir ein friedliches internationales Umfeld innerhalb und außerhalb Europas. Im Rahmen unserer Möglichkeiten möchten wir auch in unseren Beziehungen zum Ausland zu diesem friedlichen Umfeld beitragen. In diesem Zusammenhang halte ich es für erforderlich, hier mit großem Nachdruck daran zu erinnern, daß die Zeit, als die ungarische Außenpolitik durch ideologische Erwägungen bestimmt wurde, endgültig der Vergangenheit angehört.

Dieses Prinzip zeigt sich **in der vollen Achtung der Menschenrechte sowie der Individual- und Kollektivrechte,** für die wir — unabhängig von Sozialstruktur oder sozialen Werten — eintreten.

Unter diesem Gesichtspunkt besteht das Ziel der ungarischen Republik darin, **zu einem Europa beizutragen, das unabhängig ist von den Militärblöcken** und in dem in keinem seiner Länder fremde Truppen stationiert sind, sowie bei der Schaffung eines friedlichen und sicheren Kontinents zu helfen. Dieses Ziel steht in Einklang mit unserem nationalen Interesse und wird von uns aktiv verfolgt.

Meine Damen und Herren, wir haben letztes Jahr den vierzigsten Jahrestag des Europarates, der 23 Demokratien vereint, begangen. Wir haben uns damals daran erinnert, daß — um die Worte von Robert Schuman aufzugreifen — der Europarat ein Labor ist, in dem die europäische Zusammenarbeit erprobt wird.

Ich teile diese Ansicht Robert Schumans und möchte hinzufügen, daß der Europarat diese Rolle zugleich pragmatisch und besonnen gespielt hat.

Seit Juni letzten Jahres nimmt Ungarn — mit der Sowjetunion und Polen —, wie Sie es beschlossen hatten, als besonderer Gast an den Plenartagungen der Versammlung und ihren Ausschußarbeiten teil.

Im letzten Herbst haben wir in Anlehnung an unsere feste Absicht, die multilateralen Bindungen in Europa zu vertiefen und im Rahmen unserer Möglichkeiten und Mittel zur Herbeiführung der europäischen Einheit beizutragen, beschlossen, die Vollmitgliedschaft im Europarat zu beantragen.

Ich hoffe, daß die historischen Veränderungen, die zur Zeit in unserem Land erfolgen, und die Erweiterung der Kontakte zwischen Ungarn und dem Europarat eine ausreichende Grundlage bilden werden, um unserem Antrag stattzugeben.

Wir hoffen, daß die Parlamentarische Versammlung und der Ministerrat unserer Bitte entsprechen werden

und daß **Ungarn** in diesem Jahr **Vollmitglied des Europarates** wird.

Ich möchte diese Gelegenheit ergreifen, um unsere Absicht hinsichtlich eines Beitritts zur Europäischen Charta der Gemeindeautonomie und zur Europäischen Rahmenkonvention über grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften und Behörden zu bekunden.

Gleichzeitig möchte ich Ihnen mitteilen, daß Ungarn dazu bereit ist, sich der Charta über regionale und Minderheitensprachen als Beobachter auf Expertenebene anzuschließen. Ich bin überzeugt, daß diese Schritte unsere fruchtbare Verbindung zum Europarat weiterhin verstärken werden.

Im Namen der Regierung der Republik Ungarn begrüße ich insbesondere die vom Europarat und den europäischen Gemeinden ergriffene Initiative, das Jahr 1990 zum Jahr des Tourismus zu erklären.

Ich sehe dem bevorstehenden Besuch von Frau Catherine Lalumière mit großen Erwartungen entgegen. Der 25. März wird ein wichtiger Tag im Demokratisierungsprozeß unseres Landes sein. An diesem Tag hat der Präsident der Interimsregierung der Republik Ungarn Sie, Herr Präsident, zusammen mit Vertretern der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, eingeladen, den allgemeinen Wahlen in unserem Land beizuwohnen. Ich hoffe sehr, daß Sie diese Einladung annehmen werden.

Wir legen großen Wert auf eine **grundlegende europäische Integration Ungarns.** Wir schenken unseren Beziehungen mit den Europäischen Gemeinschaften besondere Aufmerksamkeit. Wir wissen die Bemühungen sehr zu schätzen, die von den 23 und, unter ihnen, den Mitgliedstaaten der Gemeinschaften, zur Förderung des Reformprozesses in Ungarn unternommen werden.

Wir haben unsere Beziehungen zum Europäischen Parlament ausgebaut. Politische Beratungen sind im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Gemeinschaften zur Regel geworden. Ich möchte diese Beziehungen gern erweitern in der Hoffnung, daß Ungarn in absehbarer Zukunft in einer Weise einbezogen werden kann, die seine Integration in Europa fördert.

Es ist für uns sehr wichtig, institutionelle Beziehungen mit der EFTA aufzunehmen. Wir haben letztes Jahr diesbezügliche Vorschläge unterbreitet und wünschen, daß sie in Kürze zu Gesprächen zwischen Experten aus Ungarn und der EFTA führen werden.

Meine Damen und Herren, ein bewegtes Kapitel der europäischen Nachkriegsgeschichte geht zu Ende. Für die nächste Phase, die sich jetzt abzeichnet, setzt Ungarn den Schwerpunkt auf seine Beziehungen zu Europa. Ein integraler Bestandteil unserer Bemühungen besteht darin, unsere Zusammenarbeit zu verstärken, und wenn dies auf Ihre Zustimmung stößt, so hoffen wir, daß unser Land bald ein Vollmitglied Ihrer Organisation sein wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Einladung, Herr Präsident, und Ihnen, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Ahrens (SPD): Herr Ministerpräsident, ich habe zwei kurze Fragen. Doch bevor ich sie stelle, darf ich mit Genehmigung des Präsidenten einige Sätze voranstellen.

Wir alle haben noch die Bilder vor Augen, die uns im Spätsommer aus Ihrem Lande übermittelt wurden, als Zigtausende von Deutschen aus der Deutschen Demokratischen Republik in Ihr Land strömten, um die Freiheit zu gewinnen. Ungarn hat damals diesen Menschen den Weg in die Freiheit eröffnet, und zwar in einer sehr schwierigen internationalen politischen Konstellation.

Mit dieser Entscheidung hat Ungarn die Wahrung der Menschenrechte über formale völkerrechtliche Vertragspflichten gestellt.

Ich danke dem ungarischen Volk nicht nur im Namen der Sozialdemokraten und Sozialisten dieses Hauses, für die ich sprechen darf, sondern ganz sicher auch im Namen aller Mitglieder dieser Parlamentarischen Versammlung. Das freie Europa, Herr Ministerpräsident, wird und darf Ungarn diese mutige Tat nie vergessen.

Ich komme jetzt zu meinen Fragen: Wann werden die demokratischen Institutionen in Ihrem Lande nach Ihrer Auffassung ihre Arbeit aufnehmen können und damit die Voraussetzungen für die Aufnahme Ihres Landes in den Europarat schaffen? Wie sieht in etwa der Zeitplan aus?

Die zweite Frage: Wie beurteilen Sie die Entwicklung in Ihrem Nachbarlande Rumänien, und rechnen Sie mit einem weiteren Zustrom von ungarischen Flüchtlingen aus Rumänien?

In seiner Antwort führte **Ministerpräsident Nemeth** *aus, daß Ungarn stolz auf seinen Beitrag zu den Reformen in der DDR sei. Das Ziel Ungarns, eine pluralistische Demokratie zu schaffen, sei keine einfache Aufgabe. Er sei aber zuversichtlich, daß das nach 40 Jahren erstmalig wieder frei gewählte Parlament in Ungarn die ihm gestellten Aufgaben bewältigen werde. Eingehend auf die Situation in Rumänien gab Ministerpräsident Nemeth seiner Hoffnung Ausdruck, daß sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern nunmehr verbessern werden. Der Schutz der ungarischen Minderheit müsse gewährleistet sein.*

Reddemann (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich möchte keine Frage stellen, sondern ich möchte am Schluß dieser Fragestunde unseren ungarischen Gästen noch einmal **im Namen der deutschen Delegation ein herzliches Wort des Dankes** sagen. Die Veränderungen, die in der DDR in den letzten Monaten stattgefunden haben, wären unmöglich gewesen, wenn nicht die ungarische Regierung, wenn nicht das ungarische Volk im vergangenen Sommer und im vergangenen Herbst so selbstverständlich den Flüchtlingen aus der DDR geholfen hätte und die Möglichkeit geboten hätte, nun die Freiheit in der DDR auf die Fahnen zu schreiben. Bereits im vergangenen Jahr habe ich im Namen der Delegation meinen Dank an die Gastdelegierten aus dem ungarischen Parlament zum Ausdruck gebracht. Ich möchte dies heute wiederholen. Wir als deutsche De-

legation entbieten gerade **den Ungarn** hier in der Versammlung **ein herzliches Willkommen.**

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Ministerpräsident, ich will nicht darauf eingehen — auch weil die Zeit drängt —, daß ich als Deutscher besonders dankbar bin.

Meine Frage lautet: Der Austausch von Wissenschaft und Technik, von Hochtechnologiegütern usw. wird gegenwärtig durch die **Cocom-Liste** praktisch verhindert. Teilen Sie meine Auffassung, daß es notwendig ist, auf den Gebieten der Energieforschung, der Umweltforschung, der Gesundheitsforschung und der Informationstechnologien intensiv zusammenzuarbeiten, insbesondere was den **Technologietransfer** anbetrifft und wenn es darum geht, den neuesten Stand von Meß- und Analysegeräten auszutauschen, damit die Produktionstechniken verbessert werden können? Denn all dieses ist sehr praktisch orientiert und hilft, den Demokratisierungsprozeß zu verbessern, die Wirtschaft zu stärken, und trägt zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in diesem Bereich insgesamt bei.

Ministerpräsident Nemeth *stimmte seinem Vorredner zu, daß die Cocom-Liste zur jetzigen Zeit ein Anachronismus sei. Ungarn werde sich für eine Kooperation auch auf dem Gebiet der Hochtechnologie einsetzen.*

Tagesordnungspunkt:

Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses

(Drucksache 6169)

Berichterstatterin: Abg. Frau Gjørv (Norwegen)

Dienstag, 30. Januar 1990

Tagesordnungspunkt:

Die Situation in Mittel- und Osteuropa

(Drucksache 6168)

Berichterstatter: Abg. Steiner (Österreich)

Antretter (SPD): Herr Präsident! Wir leben in einer **Zeit des Umbruchs,** wie die Geschichte sie nicht oft bereithält. Ich glaube, der Bericht, den unsere Kollegen Steiner und Sager vorgelegt haben, wird dieser Herausforderung, vor die sich auch der Europarat gestellt sieht, gerecht, und wir haben beiden Berichterstattern zu danken. Der Bericht kann eine wichtige Orientierung für die Gemeinschaft unserer 23 Völker sein, eine Orientierung in einer Zeit der Hoffnung, die aber auch Untiefen und Unwägbarkeiten birgt.

Nun ist auch eine **Zeit der Bewährung** für uns gekommen. Denn weil Revolutionen ihr eigenes Tempo und ihre eigene Ungeduld hervorbringen, wie es Bundespräsident Richard von Weizsäcker dieser Tage in Zürich gesagt hat, kommt es nun auf Disziplin, auf Besonnenheit und auf Hilfe zur Orientierung und zur Stabilität an. Ich glaube, das Wirksamste, was der Westen zur Zeit zum Gelingen des Reformprozesses beitragen kann, sind **große, rasche und ernsthafte Abrüstungsschritte.** Die beiden Großmächte haben heute aus unterschiedlichen Gründen ein übereinstimmendes Interesse, auf diesem Weg zu einer neuen europäischen Sicherheitsordnung zu kommen, und unter ihrer Beteiligung kann sich zwischen NATO und Warschauer Pakt ein System entwickeln, das die Aufgaben einer Sicherheitsglocke übernimmt, unter der wir Europäer eine Veränderung, eine Umdisposition unserer Talente und Mittel in produktivere und dringlichere Aufgaben vornehmen können. Das wird zum Zusammenwachsen beitragen.

Dazu können wir in unseren Ländern Entscheidendes mitleisten. Wenn die Industrienationen Europas **einen erfolgversprechenden Weg der Zusammenarbeit** gehen wollen, dann werden sie um ein erkleckliches Maß seiner Institutionalisierung nicht herumkommen. Wirtschaftliche Leistungskraft und umfassende Umweltpolitik, Telekommunikation, Freizügigkeit und soziale Ordnung tragen dazu bei, daß die Lebensverhältnisse unserer Gesellschaften sich immer schneller annähern. Vor allem auf Vernetzung kommt es also an, auf Vernetzung im Sicherheitsbereich, im verkehrspolitischen Bereich — über den wir diese Woche noch sprechen werden —, in der Sozialpolitik, in der Telekommunikation und auf vielen anderen Feldern.

Aber es kommt auch darauf an, daß unsere Hilfe nicht aus der protzigen Überheblichkeit dessen kommt, der glaubt, selbst keine Fehler gemacht zu haben. 100 000 Verkehrstote jährlich in unseren Ländern, weit über 2 Millionen Verletzte als Folge von Verkehrsunfällen, nahezu eine halbe Billion, also 500 Milliarden Mark Folgekosten von Verkehrsunfällen, 20 Millionen Arbeitslose — wohl eher etwas mehr — in den Ländern, die dem Europarat angehören, viele Hunderttausende jugendliche Drogenabhängige und Millionen Tonnen Schadstoffe, die wir jährlich in der Luft hin- und herschieben und auf den Meeren in alle Welt senden. All dies ist kein Ausweis dafür, daß wir alle Probleme gelöst hätten. Es besteht also kein Grund, daß wir uns mit kleinen Siegesfeiern angesichts des westlichen Lebensmodells begnügen, sondern wir haben Veranlassung, zusammen mit den geistigen Impulsen der Freiheitsbewegungen unserer Tage Ansätze zu suchen, die uns weiterführen.

Gegen Ende dieses für Europa insgesamt schweren Jahrhunderts haben wir eine neue große Chance zu zeigen, daß die Lehren nicht ganz umsonst waren. Dieser Bericht ist ein wichtiger Beitrag dazu. Vielen Dank.

Böhm (Melsungen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! **Die deutsche Frage** ist so lange offen, wie das Brandenburger Tor zu ist — eine glatte, eingängige Formulierung, die wir oft gehört haben, und die sehr medienträchtig war. Aber sie erwies sich als doch zu kurz gedacht und sachlich falsch.

Nun ist das Brandenburger Tor offen, aber noch ist die deutsche Frage ungelöst und drängt auf eine freiheitliche und europäische Antwort.

Die deutsche Frage ist eben mehr als Reisefreiheit. Sie ist eine der Kernfragen der europäischen Teilung.

Die deutsche Teilung ist zutiefst unnatürlich. Sie ist nicht die unmittelbare Folge der Zerschlagung des verbrecherischen Nationalsozialismus; denn noch am Ende des Zweiten Weltkrieges beschlossen die Alliierten, Deutschland als Einheit zu behandeln.

Die Spaltung Deutschlands ist vielmehr die Folge der Konfrontation der Sieger auf Grund des kommunistischen Expansionsdranges, mit dem Stalin nach der Herrschaft in Europa und nach dem Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt strebte. Die Teilung Deutschlands ist ein Überbleibsel des Stalinismus. Sie paßt nicht in die Landschaft des freien Europa.

Angesichts des kommunistischen Zugriffs auf Europa und angesichts leidvoller Erfahrungen der eigenen Geschichte haben sich die Deutschen im Westen für die Freiheit vor der Einheit entschieden. Das war die Politik Adenauers, die er zusammen mit Robert Schuman und Alcide de Gasperi formulierte und die zu jenem europäischen Leuchtturm der Freiheit führte, von der heute der polnische Ministerpräsident hier in diesem Saal sprechen konnte.

Diese Politik war eine Politik des Abschieds vom Nationalismus, der Weg nach Europa. Er war nicht immer leicht zu gehen. Sie mußte in vielen Staaten Europas in harten Auseinandersetzungen durchgesetzt werden. Sie war nur möglich im engen Bündnis mit den Vereinigten Staaten. Es war eine Politik, für die man im Osten als Staatsfeind eingekerkert wurde und für die man im Westen oft als kalter Krieger beschimpft wurde.

Aber: Freiheit vor Einheit zu stellen hat für die Deutschen nie bedeutet, daß Freiheit und Einheit in Widerspruch zueinander stünden. Nie hieß es: Freiheit statt Einheit, immer aber: **durch Freiheit zur Einheit.**

Unsere Freunde im Westen haben uns dabei unterstützt und diese Politik zur ihrer eigenen gemacht. Im Deutschlandvertrag — seit 1952 der Bezugspunkt der gesamten internationalen Vertragspolitik der Bundesrepublik Deutschland — heißt es im Artikel 7 — ich zitiere —:

> Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.

Zahlreiche grundlegende Dokumente des wachsenden Europas haben diese Position unterstrichen. Ich denke an das politische Grundsatzdokument der NATO, den Harmel-Bericht von 1967, in dem es heißt — ich zitiere —:

> Eine endgültige und stabile Regelung in Europa ist nicht möglich ohne eine Lösung der Deutschlandfrage, die den Kern der gegenwärtigen Spannungen in Europa bildet. Jede derartige Regelung muß die unnatürlichen Schranken zwischen Ost- und Westeuropa beseitigen, die sich in der Teilung Deutschlands am deutlichsten und grausamsten offenbaren.

Meine Damen und Herren, in bewundernswerter Weise haben sich die Völker Ost- und Mitteleuropas und Südosteuropas auf den Weg zur Freiheit und damit auf den Weg nach Europa begeben.

Auch die Deutschen in der DDR haben ihre Chance genutzt. Dort bedeutet — anders als in den übrigen Staaten des Warschauer Paktes — das Ende des real existierenden Sozialismus zugleich den Wegfall der Staatsraison; denn die DDR als Staat war nur so lange existenzfähig, als sie sich auf die Bajonette der Sowjetunion stützen konnte, der sie ihre Existenz überhaupt verdankt.

Die veränderte Politik der Sowjetunion ermöglicht jetzt auch den Deutschen die **Praktizierung der Selbstbestimmung** und damit die **Anwendung der KSZE-Schlußakte,** die sich ausdrücklich zu diesem Selbstbestimmungsrecht bekennt und in ihrem Art. 1 festlegt, daß die Teilnehmerstaaten der Auffassung sind, daß ihre Grenzen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durch friedliche Mittel und durch Vereinbarungen verändert werden können. Ich zweifle nicht, daß sich die Deutschen in der DDR in ihrer großen Mehrheit in Anwendung ihres Selbstbestimmungsrechts für die deutsche Einheit aussprechen. Ebenso zweifele ich nicht, daß sich die Mehrheit aller Deutschen für Europa entscheidet. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit steht dazu nicht im Gegensatz. Im Gegenteil: Jetzt können die Deutschen die staatliche Einheit erreichen, die alle anderen europäischen Staaten als Ausgangspunkt für ihren Weg nach Europa schon längst besitzen.

Die Deutschen haben im Westen einen oft anerkannten Beitrag zum werdenden Europa geleistet. Sie haben einen großen Beitrag zur Verteidigung gebracht, der mithalf, Freiheit zu bewahren und die Hoffnung auf Freiheit für alle zu erhalten.

Die Deutschen im Osten haben eine friedliche, eine unblutige Revolution gewagt. Beide zusammen, die Deutschen im Westen und die Deutschen im Osten, werden friedlich und gemeinsam für das freie Europa arbeiten. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

Empfehlung 1119 (1990)

betr. die Situation in Mittel- und Osteuropa

Die Versammlung

1. verweist auf ihre Empfehlung 1118 (1989) betr. die jüngsten Ereignisse in der Deutschen Demokratischen Republik, mit der das Ministerkomitee aufgefordert wurde sicherzustellen, daß auf den bevorstehenden Gipfeltreffen (Malta, 2.—3. Dezember und Straßburg, 7.—8. Dezember) der Standpunkt des Europarates bekannt werden würde sowie Anfang des Jahres 1990 ein außerordentliches Ministertreffen über Maßnahmen der Unterstützung für bestimmte mittel- und osteuropäische Staaten einzuberufen und dem Europarat die Mittel zur Verfügung zu stellen, die für die Durchführung seiner Politik der Öffnung und Zu-

sammenarbeit mit jenen Staaten und Völkern erforderlich sind, die sich — als wesentlicher Bestandteil ihres gemeinsamen europäischen Erbes — zu den vom Europarat verteidigten Grundsätzen bekennen;

2. zollt ihre Anerkennung der Würde und Entschlossenheit, mit der die Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik, in der Tschechoslowakei, in Bulgarien und in Rumänien, nach jenen in Polen und Ungarn, auf der Wahrnehmung der Rechte bestehen, die ihnen — obwohl in der Schlußakte von Helsinki und späteren KSZE-Dokumenten, einschließlich im Schlußdokument (Januar 1989) der Wiener Konferenz verankert — lange Zeit verwehrt wurden, und äußert die feste Hoffnung, daß in all diesen Staaten im Jahre 1990 freie und pluralistische Wahlen durchgeführt werden können;

3. würdigt das heldenhafte Verhalten des rumänischen Volkes, das unter Inkaufnahme schwerwiegender Verluste an Menschenleben, eine tyrannische Diktatur stürzte, betont die Bedeutung der von Präsident Gorbatschow getroffenen Entscheidung, jede militärische Intervention durch die Sowjetunion abzulehnen, und äußert die Hoffnung auf eine baldige Stabilisierung der Lage in diesem Land im Rahmen einer pluralistischen parlamentarischen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit;

4. begrüßt ebenfalls die nachdrücklich bekräftigte Unterstützung des KSZE-Prozesses durch Präsident Gorbatschow, einschließlich der Erneuerung seiner Forderung vom 6. Juli 1989 in Straßburg nach einem erneuten Zusammentreffen der 35 Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki auf höchster Ebene im Jahre 1990 mit dem Ziel, unter voller Einbeziehung Nordamerikas eine harmonische Entwicklung im Hinblick auf neue verbesserte Beziehungen zwischen den europäischen Staaten zu gewährleisten, wobei es sich um einen Vorschlag handelt, der u. a. auch von Präsident Mitterrand im Namen der Zwölf unterstützt wurde;

5. weist jedoch erneut darauf hin, daß der vollen Durchsetzung der im KSZE-Rahmen bereits vereinbarten Dokumente höchste Priorität zukommen sollte;

6. begrüßt die von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft (Europäischer Rat) am 8. Dezember 1989 in Straßburg verabschiedete Erklärung über die angestrebte Stärkung des Zustands des Friedens in Europa, durch den die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik in freier Selbstbestimmung ihre Einheit erlangen können „im Kontext der europäischen Integration und in einem friedlichen und demokratischen Prozeß unter Wahrung der bestehenden Verträge und sämtlicher in der Schlußakte von Helsinki niedergelegten Prinzipien";

7. stellt fest, daß das Ministerkomitee im Dezember 1989 einen Haushalt für 1990 verabschiedet hat, der eine — wenn auch noch immer nicht ausreichende — reale Steigerung von 4,74 % verzeichnet, unter Berücksichtigung des Schlußkommuniqués des 85. Treffens auf Ministerebene (16. November 1989), in dem die Minister „ihre Stellvertreter und den Generalsekretär angewiesen hatten, konkrete Kooperationsprogramme in den für den Europarat wichtigsten Bereichen mit jenen europäischen Nichtmitgliedstaaten, die sich auf dem Weg demokratischer Reformen befinden, fortzuführen und weiter auszubauen";

8. begrüßt, daß darüber hinaus auf dem 85. Treffen vereinbart wurde, Anfang 1990 ein hochrangiges Treffen zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten abzuhalten, mit dem Ziel einer Bestandsaufnahme der Entwicklungen in Europa und einer Prüfung und Stärkung der Rolle, die dem Europarat zufällt als Rahmen für Dialog und Zusammenarbeit mit der Möglichkeit, alle europäischen Staaten, die sich zu denselben Werten bekennen, zusammenzuführen;

9. stellt fest, daß der Vorsitzende des Ministerkomitees und der Generalsekretär des Europarates Anfang 1990 auch an einem zweiten Vierparteien-Treffen mit dem Vorsitzenden des Rates der Europäischen Gemeinschaft und dem Präsidenten der Kommission teilnehmen werden, auf dem — unter dem Gesichtspunkt der Rationalisierung der Arbeit der verschiedenen europäischen Organisationen — die in der Straßburger Erklärung des Europäischen Rates niedergelegte Erkenntnis berücksichtigt werden muß, daß „das künftige europäische Gleichgewicht noch besser gewährleistet wird, wenn die Rolle, die der Europäische Rat, die EFTA und der KSZE-Prozeß spielen" sich parallel zu der Rolle der Europäischen Gemeinschaft entwickeln;

10. ist jedoch besorgt über das Fehlen der parlamentarischen Dimension bei derartigen Konsultationen, was sie als schwerwiegenden Mangel betrachtet, der dringend behoben werden muß;

11. verweist auf den Beitrag, den die Versammlung selbst im Rahmen der Kolloquien über audiovisuelle Zusammenarbeit (Orvieto, Oktober 1988), die sprachliche Vielfalt (Warschau, Dezember 1989) und den Gesprächen am Runden Tisch über den Beitrag junger Menschen (Straßburg, September 1988 und April 1990) zur Weiterentwicklung der kulturellen Zusammenarbeit mit Osteuropa leistet;

12. zeigt sich befriedigt über die sich bereits auf der Grundlage des besonderen Gaststatus entwikkelnde interparlamentarische Zusammenarbeit, die jedoch, unter Berücksichtigung der jüngsten Entwicklungen in den verschiedenen betroffenen Staaten, noch beträchtlich erweitert werden muß;

13. nimmt mit Befriedigung die von Präsident Bush nach dem Gipfeltreffen in Malta zum Ausdruck gebrachte Unterstützung für eine schrittweise Eingliederung der Sowjetunion in das internationale Wirtschaftssystem zur Kenntnis, verbunden mit dem Angebot günstigerer bilateraler Handels-

vereinbarungen sowie der Miteinbeziehung in die internationalen Wirtschaftsorganisationen;

14. fordert das Ministerkomitee auf, dafür Sorge zu tragen, daß das von ihm vereinbarte hochrangige Treffen in einem Geiste der menschlichen und europäischen Solidarität:

    (i) sich unverzüglich mit den Möglichkeiten befassen sollte, die über die Erwägung technischer Kooperation und den Beitritt zu solchen europäischen Konventionen, die Nichtmitgliedstaaten offenstehen, hinaus geeignete Formen institutionalisierter Verbindungen herbeiführen können, die — auf zwischenstaatlicher Ebene — Möglichkeiten für die Beteiligung an der Arbeit des Europarates als solchem bieten, parallel zu jenen Möglichkeiten, die — auf der Ebene der gesetzesgebenden Versammlungen — durch den von der Versammlung geschaffenen besonderen Gaststatus angeboten werden;

    (ii) seine Entschlossenheit unter Beweis stellen sollte, die 40jährige Erfahrung des Europarates zu nutzen, die diesen in einzigartiger Weise dazu prädestiniert, auf der Grundlage der gemeinsamen Werte Strukturen für das Zusammenführen aller europäischen Staaten zur Verfügung zu stellen und damit zu der praktischen Umsetzung solcher Visionen beizutragen, wie das „gemeinsame europäische Haus", wie es von der Parlamentarischen Versammlung bereits vor zwei Jahrzehnten beschrieben wurde, oder die von Präsident Mitterrand in seiner Neujahrsansprache für das Jahr 1990 geforderte „europäische Konföderation".

    (iii) die Möglichkeiten zu untersuchen, die mit einer engeren Einbeziehung der beiden am KSZE-Prozeß beteiligten nichteuropäischen Staaten, USA und Kanada in die Aktivitäten des Europarates verbunden wären;

15. erkennt die bereits in Absatz 8 erwähnten Bemühungen an, die vom Ministerkomitee hinsichtlich des Budgets für die Zusammenarbeit mit ost- und mitteleuropäischen Ländern unternommen wurden, unterstreicht jedoch gleichzeitig die neuen Anforderungen, die infolge einer sich rasch wandelnden politischen Situation entstehen;

16. empfiehlt dem Ministerkomitee, binnen kürzester Frist eine Sondersitzung — mit vorausgehendem Kolloquium (erweiterter gemischter Ausschuß) — zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Ländern abzuhalten und dringend einen Sondertitel einzurichten, der dieser Zusammenarbeit die erforderlichen Mittel zuführt;

17. begrüßt den kürzlich erfolgten Beitritt Ungarns und Polens zur Europäischen Kulturkonvention sowie die volle Beteiligung dieser Länder an den Aktivitäten des Europarates in den Bereichen der Erziehung, der Kultur, der Zusammenarbeit im Hochschulbereich, des Sports und in Jugendfragen;

18. drängt darauf, daß die Beteiligung an den anderen kulturellen Aktivitäten des Europarates im Bereich der Medien und des kulturellen Erbes auf alle Unterzeichnerstaaten der Europäischen Kulturkonvention ausgedehnt wird;

19. empfiehlt dem Ministerkomitee, die übrigen mittel- und osteuropäischen Nichtmitgliedsländer weiterhin zu einem Beitritt zu dieser Konvention zu ermutigen, damit sie sobald wie möglich zu einer soliden Grundlage der kulturellen Zusammenarbeit in Europa wird;

20. verweist darauf, wie wichtig es ist, eine geeignete Finanzierung für die Umsetzung der Konvention zu gewährleisten;

21. betont, daß das Ziel des Ministerkomitees sowie der Parlamentarischen Versammlung darin bestehen muß, die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa zu unterstützen, damit die betroffenen Länder so schnell wie möglich die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft im Europarat erfüllen und sich dadurch voll an den Aufgaben im Hinblick auf den Aufbau Europas beteiligen können.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des polnischen Ministerpräsidenten, Tadeusz Mazowiecki

Ministerpräsident Mazowiecki: Herr Präsident, meine Damen und Herren, Europa durchlebt eine außergewöhnliche Zeit. Ein Teil unseres Kontinents, der vor fast einem halben Jahrhundert entwurzelt wurde, möchte zu seinen Ursprüngen zurückkehren. **Zurück zu Europa!** Diese Worte greifen zur Zeit in den mittel- und westeuropäischen Ländern immer mehr um sich. Politiker und Wirtschaftsexperten sprechen von dieser Rückkehr. Dasselbe gilt für Vertreter des kulturellen Lebens, obwohl es für sie leichter war, ihre Zugehörigkeit zu Europa zu bewahren: Europa wurde von ihnen als geistige Heimat, eine Gemeinschaft von Werten und Überlieferungen empfunden. Vielleicht ist der Ausdruck „zurück zu Europa" zu schwach, um den von uns durchlebten Prozeß zu definieren. Man sollte vielmehr von einer europäischen Renaissance, **einer Wiedergeburt Europas,** sprechen, das im Anschluß an Jalta aufgehört hatte zu existieren.

Meine Anwesenheit hier in Ihrer Versammlung ist ein Zeichen dieser Wiedergeburt. Sie ist Zeichen für die **Wiedergeburt eines Gefühls europäischer Zusammengehörigkeit und Solidarität,** das in der Vergangenheit allzuoft vergessen wurde. In diesem Zusammenhang möchte ich auch an all diejenigen erinnern, in denen das Gefühl europäischer Zusammengehörigkeit und Solidarität wach geblieben ist. Ich denke an die Menschen, die ihren Protest gegen Gewaltakte, wie z. B. den Einmarsch in Ungarn von 1956 und in der Tschechoslowakei von 1968, öffentlich zum Ausdruck gebracht haben. Ich denke ebenfalls an all unsere Freunde im Westen, die uns nach der Verhängung des Ausnahmezustands im Jahre 1981 moralische und materielle Unterstützung geleistet haben. Zu den ver-

schiedensten Zeiten während dieser für uns sehr schwierigen Jahre haben die in dieser Weise geknüpften persönlichen Kontakte geholfen, ein sehr wertvolles Netzwerk zu schaffen, das immer noch besteht und nun eine unschätzbare Grundlage bietet für die Neuschaffung politischer und wirtschaftlicher Komponenten im Hinblick auf eine echte Gemeinschaft mit den anderen Ländern unseres Kontinents.

Die Polen sind ein Volk, das sich seiner Zugehörigkeit zu Europa und seines europäischen Erbes bewußt ist. Es ist sich dessen bewußt, genauso wie andere europäische Völker, die am kulturellen Scheideweg am Rande der Supermächte leben, bei denen Zeiten der politischen Existenz und Inexistenz einander abwechseln und die deshalb das Bedürfnis haben, ihre Identität zu stärken. In all diesen Situationen war Europa immer ein Orientierungspunkt, ein Europa, das die Polen liebten und für das sie eintreten wollten. Der Gedanke, der „Schutzwall des Christentums" und damit der Schutzwall Europas zu sein, war in Polen 300 Jahre lang lebendig. Europa stellt im Bewußtsein der Polen also einen Wert dar, für den es sich lohnt zu leben, aber für den man manchmal auch sterben muß. Aber gleichzeitig hat Polen diesem Europa einige Dinge übel genommen, ihm Vorwürfe gemacht, und dies ist bis auf den heutigen Tag im Bewußtsein unserer Gesellschaft verankert. Wir sehen weiterhin in Europa einen Wert, ein Vaterland für Freiheit und Gesetz, und wir identifizieren uns auch weiterhin stark mit ihm. Aber wir machen ihm auch weiterhin Vorwürfe wegen Jalta, der Teilung Europas, und weil es uns auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs allein gelassen hat.

Heute jedoch, jetzt, wo die Rückkehr zu Europa, die Wiedergeburt Europas als Einheit immer mehr zu einer Realität wird, fragen wir uns immer häufiger, was wir diesem Europa zu bieten haben, worin heute unser Beitrag zum europäischen Schatz bestehen kann. Nun, ich glaube, daß wir ihm einiges zu bieten haben. Unser Beitrag zu Europa liegt in unserer Stärke und unserer Schwäche zugleich.

Wir sind wie jemand, der sich von einer schweren Krankheit erholt. Jahrelang haben wir den schrecklichen Druck des Totalitarismus über uns ergehen lassen, und wir haben durchgehalten. Aber wir befinden uns immer noch in einer Zeit der Konvaleszenz. Unsere Wirtschaft befindet sich immer noch in einer kritischen Lage, aus der wir sie zu befreien versuchen; die demokratischen Institutionen unseres Staates werden gerade erst wieder zum Leben erweckt und wieder aufgebaut. Aber wir haben Erfahrungen gemacht, die wir nicht vergessen und an andere weitergeben werden.

Wenn es uns gelungen ist, als eine Einheit zu überleben, so verdanken wir dies unter anderem unserem dauerhaften Festhalten an gewissen Institutionen und Werten, die in Europa als Norm gelten. Wir verdanken es der Religion und der Kirche, unserer Bindung an Demokratie und Pluralismus, an Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten und an den Gedanken der Solidarität. Selbst als wir diesen Werten keinen freien Lauf lassen konnten, als wir sie in der Öffentlichkeit nicht verwirklichen konnten, haben wir sie doch geschätzt, geliebt und um sie gekämpft, und deshalb kennen wir sie und auch ihren Preis. Wir kennen den Preis, Europäer zu sein, den Preis des europäischen Erbes, das den Menschen im Westen heute zuteil wird und für das sie noch nicht einmal Erbschaftssteuer zu entrichten haben. Wir können ihnen diesen Preis in Erinnerung rufen. Wir bieten also unseren Glauben an Europa.

Heute stellen wir einen **Antrag auf Mitgliedschaft im Europarat.** Wir möchten „eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern zum Schutze und zur Förderung der Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe bilden, herstellen und ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt fördern". Wir wollen die Gesamtheit der Menschenrechte und Grundfreiheiten fördern. Der Europarat, der so viele Verdienste im Hinblick auf die Menschenrechte und Freiheiten errungen hat und der eine wunderbare Quelle für europäische Ideen und Initiativen ist, scheint der richtige Platz für Polen zu sein, das selbst viel für die Verteidigung dieser Rechte und Freiheiten getan hat.

Meine Damen und Herren, das zerrissene Europa, das noch vor kurzem durch die Berliner Mauer symbolisiert wurde, kann wieder zusammengefügt werden. Dies kann ein faszinierender, wenn auch zweifelsohne schwieriger und langwieriger Prozeß sein. Heute sind jedoch im Gegensatz zu gestern die wichtigsten politischen Voraussetzungen, die dieses Werk möglich machen, gegeben oder werden gerade geschaffen.

Unser Land sieht sich der gewaltigen Aufgabe gegenüber, die Rechte und Institutionen wieder einzuführen, die für moderne Demokratien und Marktwirtschaft charakteristisch sind, und dies nach einer Unterbrechung von mehreren Jahrzehnten. Hinzu kommt noch, daß große wirtschaftliche Schwierigkeiten überwunden werden müssen. Wir werden nicht nur Rechte und Institutionen wieder einführen müssen, sondern auch ganz von vorn anfangen müssen in Bereichen, in denen es sie vorher noch nicht gab. Andernfalls werden unsere beiden europäischen Welten nie in Harmonie miteinander leben können.

Polen hat bereits mit dieser Arbeit begonnen. Die Regierung, an deren Spitze ich seit knapp fünf Monaten stehe, hat zahlreiche Gesetzesentwürfe vorbereitet und verabschiedet, durch die eine gesetzliche Rahmenlegung erfolgt für die Unabhängigkeit der Richter, die Presse- und Vereinigungsfreiheit, die Freiheit, politische Parteien zu bilden und für die kommunale Selbstverwaltung. Dieser gesetzliche Rahmen wird sich bei den bevorstehenden Kommunalwahlen bald als wirksam erweisen. Wir arbeiten an einer **neuen Verfassung der Republik Polen,** die ein demokratischer Rechtsstaat werden wird.

Seit Beginn dieses Jahres haben wir ein sehr **schwieriges Wirtschaftsprogramm** ins Rollen gebracht, ein Programm, das nicht nur darauf abzielt, der Inflation Einhalt zu gebieten, sondern auch darauf, die **Grundlagen für eine moderne Marktwirtschaft zu schaffen,** nach dem Vorbild der Institutionen, die sich in den hochentwickelten europäischen Ländern bewährt haben. Wir werden diesen Weg weiterverfolgen, indem wir nach und nach neue Elemente einführen, von denen einer Reform der Besitzverhältnisse sowie der

Einführung gewisser Formen staatlicher Intervention und des sozialen Schutzes innerhalb der Marktwirtschaft besondere Bedeutung zukommen wird. Wir werden dieses System im Rahmen unserer Möglichkeiten allmählich weiterentwickeln. Wir möchten, daß unser zukünftiges Wirtschaftssystem wirksame produktionsfördernde Mechanismen mit einem angemessenen Schutz für diejenigen Gruppen in der Gesellschaft vereint, die in einer freien Markt- und Wettbewerbswirtschaft Unterstützung brauchen.

Darüber hinaus haben wir in Zusammenarbeit mit unseren Partnern des **RGW** (COMECON) weitreichende Schritte im Hinblick auf eine **Reformierung** dieser Organisation eingeleitet, die unserer Ansicht nach ein freier Zusammenschluß von Staaten sein sollte, die ein Interesse daran haben, sich in diesem Rahmen mit Angelegenheiten zu befassen, für deren Regelung ihrer Überzeugung nach ein abgestimmtes Handeln sowie abgestimmte Maßnahmen erforderlich sind. Es ist nicht unser Wunsch, geschlossene Verbände zu schaffen, die nicht nur durch Grenzen, sondern noch dazu durch Zollschranken vom Rest der Welt abgeschnitten sind. Wir möchten dies nicht tun, um zu vermeiden, daß ein Europa entsteht, in dem politische Mauern durch wirtschaftliche Mauern ersetzt würden.

Wir wissen, daß auch Sie eine solche Öffnung begrüßen würden, und das ist gut so, denn andernfalls gäbe es ein verstecktes Hindernis, das es uns erschweren würde, aufeinander zuzugehen — trotz des bestehenden Wunsches nach einer Annäherung, der in allen Appellen zugunsten eines ungeteilten Europas klar zum Ausdruck kommt.

Meine Damen und Herren, genauso wie die Berliner Mauer noch vor kurzem das Symbol der Teilung Europas und gleichzeitig eine physische Barriere war, die Deutschland in zwei getrennte Staaten aufteilte, so bietet ihr Abbruch eine Chance für die Einheit Europas und wirft zugleich das **Problem der deutschen Wiedervereinigung** erneut auf. Keinem Volk kann das Recht versagt werden, innerhalb desselben Staates zu leben. Aber die Teilung Deutschlands ist das Ergebnis einer großen, vom Nazi-Regime verursachten Katastrophe, durch die zehntausende Millionen von Menschen den Tod fanden. Deshalb ist es heute keineswegs verwunderlich, daß zu einer Zeit, in der ein wiedervereinigter deutscher Staat in Aussicht gestellt wird, die Erinnerung an diese Katastrophe Ängste hervorruft, die selbst durch ganz offensichtliche Gegenargumente, wie die Tatsache, daß die heutige Situation anders ist und die Deutschen selbst anders sind, nicht überwunden werden können. Wir erkennen diese Argumente an. Aber wir müssen die Ängste verstehen und sie zerstreuen, indem wir die Deutsche Frage in Absprache mit allen beteiligten Parteien und in einer Weise regeln, die von vorneherein all denjenigen, die dessen bedürfen, ein Gefühl der Sicherheit vermittelt und vor allem die **Unverletzbarkeit der polnischen Westgrenze** garantiert.

Meine Damen und Herren, die tiefgreifenden Veränderungen in Mitteleuropa und der Sowjetunion bringen unglaubliche Chancen, jedoch auch Risiken mit sich. In einigen Ländern sind die Anhänger des alten Regimes nicht mehr in der Lage, über den Verlauf der Ereignisse zu entscheiden, aber sie können ihn immer noch erschweren. In anderen Ländern haben sie, obwohl sie in der Defensive sind, weder die Hoffnung, noch die Fähigkeit verloren, ihre Position wiederzuerlangen. Sollten die starken Destabilisierungssymptome, die von wirtschaftlichem Chaos begleitet werden, weiterhin anhalten, könnten sich ihre Chancen vergrößern. Sie werden sich verringern, wenn die Bevölkerung unserer Region es versteht, die unverzichtbaren Veränderungen entschieden, jedoch so ruhig wie möglich, durchzuführen und wenn sie der Versuchung widerstehen kann, alles auf einmal erreichen zu wollen, denn eine solche Haltung führt oft zum Gegenteil des gewünschten Ergebnisses.

Ein weiteres Risiko ist das der **„Balkanisierung“** eines Teils des europäischen Kontinents oder einzelner Länder als Folge akuter Spannungen zwischen Völkern oder Staaten, deren Ursachen sowohl in der Gegenwart als auch in der Vergangenheit liegen. Wenn parteibezogene oder nationale Interessen im Vordergrund stehen und die Vorstellung vom regionalen oder europäischen Interesse aus den Augen verloren würde, wäre dies ein großes Hindernis für die Einführung einer gesunden Zusammenarbeit und eines gegenseitigen Verständnisses auf unserem Kontinent, der sich in vollem Wandel befindet.

Aber obwohl der in Mittel- und Osteuropa stattfindende Prozeß Risiken in sich birgt, stellt er vor allem **eine unglaubliche historische Herausforderung** dar. Und obwohl es offensichtlich ist, daß diese Herausforderungen vor allem an uns, die Einwohner Mitteleuropas, gerichtet sind, stellen sie ebenfalls eine historische Herausforderung und Aufgabe für das gesamte Europa dar. Das Betätigungsfeld ist groß. Es gibt Raum für Westeuropäer, die den Sinn unseres Handelns sehen und an unser Ziel glauben. Mit ihrer Hilfe wird es leichter für uns sein, die Entfernung, die zwischen uns liegt, zu verringern. Die Mauer, die das freie Europa vom abhängigen Europa trennte, wurde bereits niedergerissen. Jetzt gilt es, den Graben zwischen dem armen und dem reichen Europa aufzufüllen. Wenn Europa unser „gemeinsames Haus“ sein soll, dessen Tor allen offensteht, dürfen so große Unterschiede nicht weiterhin bestehen. Eine große Aufgabe erwartet uns alle.

Wir brauchen jetzt neue Leitlinien, um unsere Bemühungen auf ein gemeinsames europäisches Ziel auszurichten, das keinen ausschließen und die Interessen aller wahren soll. Es ist nicht leicht, einen solchen Weg aufzuzeigen, denn er muß auf der Grundlage gemeinsamer Überlegungen und gemeinsamer Arbeit entstehen. Aber warum sollten wir angesichts der Tatsache, daß gerade jetzt vor unseren Augen in Ihrem Teil des Kontinents das Europa nach 1992 entsteht, nicht auch schon an ein Europa im Jahre 2000 denken? Realistisch ausgedrückt, wie könnte Europa aussehen, wenn wir unsere Bemühungen vereinigen würden?

Sicherlich wird es noch kein europäischer Raum sein, in dem freier Waren- und Kapitalverkehr sowie Freizügigkeit der Menschen herrschen, aber es könnte ein Europa sein, in dem Grenzen und Zollhindernisse weitgehend abgebaut wären, ein Europa, das ganz der Jugend offenstehen würde. Denn das Schicksal

unseres Kontinents hängt von den jungen Europäern ab, die wir uns heranziehen.

Es könnte ein Europa sein, in dem es fruchtbare Kontakte zwischen schöpferischer Tätigkeit und Wissenschaft geben wird, weil die Transparenz der nationalen Kulturen gefördert und dadurch eine Annäherung dieser Kulturen erfolgen wird.

Es wird kein Europa mit einer gemeinsamen Währung sein, aber es könnte ein Europa sein, in dem die Wirtschaftssysteme einander ergänzen, die Unterschiede im Hinblick auf den Lebensstandard geringer und der internationale Wirtschaftsverkehr intensiviert würden.

Es könnte auch ein Europa sein mit einem gesunden Klima, reinem Wasser und unverseuchtem Boden. Ein ökologisch sauberes Europa.

Aber vor allem muß es ein Europa sein, das deutliche Fortschritte im Bereich der **Abrüstung** gemacht hat, ein Europa, das sich auf die übrige Welt als Faktor für Frieden und internationale Koexistenz auswirken wird.

Wenn man näher darüber nachdenkt, kann man viele andere Bereiche des sozialen Lebens finden, die von uns in diesem letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts verbessert werden können. Wir müssen die Arbeit nur in Angriff nehmen.

Es gibt auf unserem Kontinent Institutionen, in denen eine solche Arbeit auf lange Sicht verfolgt werden kann, denn sie wurde bereits seit langem begonnen. Eine dieser Institutionen ist der Europarat, zu dessen Zielen es u. a. gehört, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herzustellen mit dem Ziel, die Ideale und Prinzipien, die ihr gemeinsames Erbe bilden, zu verteidigen und zu verwirklichen und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern.

Heute, wo sich die Ereignisse in Europa so sehr überstürzen, entstehen die Voraussetzungen für uns — Staaten, Gruppen und Organisationen —, gemeinsam über diese Angelegenheiten nachzudenken, und es zeichnen sich die Möglichkeit und die Notwendigkeit ab, paneuropäische Strukturen zu schaffen, die sich dieser Aufgaben annehmen.

Ich bin der Ansicht, daß es an der Zeit ist, die **Vorstellung vom „gemeinsamen Haus" und der „europäischen Konföderation"**, die kürzlich von bedeutenden Staatsmännern vorgeschlagen wurde, **zu konkretisieren.** Es ist Zeit, Institutionen ins Leben zu rufen, die wirklich ganz Europa umfassen.

Deshalb möchte ich auf die Initiative verweisen, die ich vor kurzem in unserem Parlament vorgestellt habe: Die **Initiative, einen Rat für europäische Zusammenarbeit einzusetzen,** der alle Länder umfaßt, die die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) unterzeichnet haben. Dieser Rat hätte zwei Aufgaben zu erfüllen: Erstens, die Vorbereitung der Gipfeltreffen der KSZE-Staaten; zweitens, die Untersuchung paneuropäischer Probleme, die zwischen den regulären Treffen der KSZE-Staaten auftauchen. Wir sind der Ansicht, daß dem KSZE-Prozeß auf diese Weise die nötigen Impulse verliehen und gleichzeitig zukünftige Initiativen, die unseren Kontinent und die Sicherung seiner Einheit betreffen, erleichtert würden.

Meine Damen und Herren, ich spreche zu Ihnen hier in Straßburg, der Hauptstadt Europas. In einer Stadt, die, wie unser Land, oft von den Wirren der Geschichte beeinflußt wurde. In einer Stadt, die mehrmals von einer Hand in die andere übergegangen ist und sich auch Fragen über ihre Identität gestellt hat. Aber diese Stadt ist, obwohl sie als Hauptstadt einer Region gilt, um die 1 000 Jahre lang gekämpft wurde und die sehr unter der Revolution gelitten hat, heute eine Oase des Friedens und des Wohlstands. Diese Stadt ist ein Symbol der Hoffnung für uns, die wir im Herzen Europas leben, wo immer noch das Echo der alten Streitigkeiten zu hören ist. Heute steht ganz Europa der historischen Herausforderung gegenüber, seine Einheit wiederherzustellen. Werden wir dieser Aufgabe gerecht werden können? Das hängt von uns und von Ihnen ab. Vor mehr als einem Jahr sagte Papst Johannes Paul II vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates:

„Die Mitgliedsländer Ihres Rates sind sich bewußt, daß sie nicht ganz Europa sind: Indem ich den tiefen Wunsch nach einer Intensivierung der bereits mit anderen Nationen, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, begonnenen Zusammenarbeit zum Ausdruck bringe, habe ich das Gefühl, den Wunsch von Millionen Männern und Frauen zu teilen, die sich durch eine gemeinsame Geschichte miteinander verbunden fühlen und sich eine Zukunft in Einheit und Solidarität, die diesen gesamten Kontinent umfaßt, erhoffen."

Als der Papst diese Worte sagte, hat wohl niemand geahnt, daß sich die Lage so schnell günstig verändern und diese Hoffnung erfüllt werden könnte.

Eines der zahlreichen Wahrzeichen dieser Stadt sind die Statuen an der Fassade des Straßburger Münsters, welche die klugen und die törichten Jungfrauen aus dem Evangelium darstellen. Seien wir wie die klugen Jungfrauen. Zeigen wir, daß wir in der Lage sind, einen historischen Augenblick zu erkennen und seine Herausforderung anzunehmen — vorsichtig, beherzt und weitblickend.

Dr. Ahrens (SPD): Herr Ministerpräsident, Sie haben soeben in Ihrer Rede den sehr interessanten Vorschlag unterbreitet, einen das gesamte Europa umfassenden Rat zu bilden, der die Arbeit der KSZE fördern, vorbereiten und forcieren könnte.

Wäre es nicht denkbar, den Europarat entsprechend auszubauen und ihn zu diesem **Gesamteuropa umfassenden Europäischen Rat** zu machen, wobei es auch möglich wäre, andere Staaten an dieser Aufgabe mitwirken zu lassen, so wie wir es etwa in unseren jährlichen Debatten über die OECD tun?

In seiner Antwort wies **Ministerpräsident Mazowiecki** *darauf hin, daß der Europarat keine Kompetenzen auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik und der Abrüstung habe. Der Rat für europäische Zusammenarbeit könnte aber aus der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, möglicherweise als „Helsinki 2", entstehen.*

Reddemann (CDU/CSU): Herr Ministerpräsident, Sie haben das Interesse Ihres Landes angemeldet, Vollmitglied des Europarates zu werden. Ich glaube, es gibt in unserer Versammlung niemanden, der diesem Wunsch widersprechen könnte. Im Gegenteil, ich möchte Sie ausdrücklich dazu beglückwünschen, daß Sie den Antrag gestellt haben.

Ich möchte aber eine Bitte äußern. Da Polen das Land war, das als Avantgarde für die Freiheitsbewegung in Mittel- und Südosteuropa tätig war, mußten Sie, um die kommunistische Herrschaft an die Seite zu drängen, am Runden Tisch einen Kompromiß eingehen, der dazu führte, daß Ihr **Parlament noch nicht voll frei gewählt** ist, wie es die anderen Parlamente in den Staaten des Warschauer Paktes jetzt werden. Wir bekommen eine gewisse Schwierigkeit mit unserem Selbstverständnis als Europarat, wenn wir ein Land aufnehmen, dessen Parlament noch nicht so frei gewählt wurde, wie es nach unserem Statut erforderlich ist. Deswegen möchte ich die Bitte an Sie richten, uns zu sagen, wie schnell Sie die **Möglichkeit** finden, **die Demokratie bei Ihnen zu vollenden,** damit wir sehr schnell die Möglichkeit finden, Ihr Land bei uns hier nicht nur als Gast, sondern als Vollmitglied aufzunehmen.

Ministerpräsident Mazowiecki *wies darauf hin, daß das Oberhaus im polnischen Parlament bereits frei gewählt worden sei. Auch seien auf kommunaler Ebene demokratische Verhältnisse hergestellt worden. Die Durchführung demokratischer Reformen müsse Schritt für Schritt erfolgen. Im Vordergrund polnischer Politik stehe zur Zeit die Durchführung schwieriger Wirtschaftsreformen.*

Bericht des Ministerkomitees

(Drucksache 6158 und Addendum)

vorgelegt vom amtierenden Vorsitzenden des Ministerkomitees, Außenminister Joao de Deus Pinhero (Portugal)

(Themen: Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und den Ländern Mittel- und Osteuropas — Politische Rolle des Europarates bei der Schaffung eines einigen Europas — Antrag Ungarns auf Mitgliedschaft — Bedeutung des KSZE-Prozesses)

Mittwoch, 31. Januar 1990

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Präsidenten der Republik Zypern, Georges Vassiliou

(Themen: Stellung Zyperns im Europarat — Lösung des Zypern-Konflikts — Verhandlungen über eine föderative Verfassung — Demilitarisierung Zyperns — Schaffung gleicher Rechte für die türkische Minderheit auf Zypern)

Die Auswirkungen der Flächenstillegungsprogramme in den ländlichen Regionen

(Drucksache 6159)

Berichterstatter: Abg. Soares Costa (Portugal)

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landwirtschaftsausschuß hat einen Bericht vorgelegt, der die Auswirkungen der Flächenstillegungsprogramme in den ländlichen Regionen untersucht. Vorab möchte ich dem Berichterstatter, Herrn Soares Costa, den gebührenden Dank sagen. Denn allein dadurch, daß er uns den Bericht vorgelegt hat, ermöglicht er es uns ja, uns hier darüber zu unterhalten.

Als Sozialdemokrat will ich auch etwas dazu sagen, weshalb wir ihn ablehnen. Es ist ein Bericht, der viele Fragen anschneidet und Antworten gibt, die so oder so ausfallen können, weil eben wie bei vielen Problemen die Wahrheit wahrscheinlich eher in der Mitte auszumachen ist als an den Rändern, mögen die Grenzen auch noch so scharf definiert sein.

Richtig ist, daß dort, wo eine hohe personelle Mitarbeit in der Landwirtschaft notwendig oder gegeben ist, die **Aufgabe landwirtschaftlicher Nutzflächen existenzgefährdend** sein könnte. Doch wie ist dies beispielsweise bei einem hochtechnisierten Hof einzuschätzen, der ökologisch wichtige Flächen unbehandelt läßt oder sie bewußt extensiv bewirtschaftet?

Haben nicht landwirtschaftliche Nutzungen Entwicklungen gefördert, die beispielsweise bewirkten, daß das Wasser schneller abfließt und es zu Überschwemmungen kommt, die wir dort in den Flußtälern nicht wollen? Wichtige Feuchtgebiete oder Schwemmlandflächen gingen durch Drainage für immer verloren einschließlich der Artenvielfalt und der dort lebenden und rastenden Tiere.

Ist eine ökologisch zu vertretende Flächenstillegung nicht gleichwertig dem Ziel, Flächen weiterhin landwirtschaftlich zu nutzen und die Produktion von Überschüssen durch Marktordnungen sicherzustellen?

Was heißt die Ziffer 3: Die Versammlung befürchtet, daß die Flächenstillegung negative Folgen für zahlreiche agrarabhängige Industriezweige haben wird. Was soll ich daraus entnehmen? Wer fragt eigentlich, was mit dem Boden geschieht und was mit dem Grundwasser geschieht? Warum haben wir bereits heute in einzelnen Gebieten eine **hohe Nitratbelastung im Grundwasser,** so daß dieses Grundwasser nicht mehr als Trinkwasser für die menschliche Ernährung nutzbar ist? Sicherlich nicht, weil Flächen in Wassereinzugsgebieten von Trinkwasserreservoirs stillgelegt worden sind. Sicherlich auch nicht, weil diese Flächen weniger genutzt oder weil sie naturbelassen worden sind. Industrielle Fleischerzeugung, Überdüngung von Flächen, Fungizide, Pestizide, Herbizide, Gülle-

belastung, bestimmte landwirtschaftliche Produktionsmethoden sind die eigentlichen Ursachen. Das ist die Antwort auf die Frage, was mit dem Wasser geschehen ist.

In Ziffer 4 wird ausgeführt, bereits heute sei eine Lebensmittelknappheit auszumachen. Dies will ich nicht bestreiten. Aber die Ursachenanalyse ist falsch. Mißmanagement ist die Ursache. Die Ursache kann nicht dadurch bekämpft werden, daß dafür in anderen Ländern der Boden intensiver bewirtschaftet wird. Schließlich ist das oft auch nur ein Transportproblem.

In Ziffer 5 wird auf die Verhinderung von Bodenerosion hingewiesen. Die Kanalisierung von Bachläufen, Flurbereinigungsverfahren, das Abholzen von Wallhecken, um größere zusammenhängende Flächen landwirtschaftlich zu nutzen und um entsprechende Maschinen einsetzen zu können, das sind die eigentlichen Ursachen der Bodenerosion zumindest in den Gebieten, die ich beurteilen kann. Auch riesige Maisfelderflächen und Überweidung sind Ursachen der Erosion. Unsere Vorfahren sind bewußter mit der Natur umgegangen. Wir sollten uns daran erinnern. Sie kannten beispielsweise das Prinzip der Dreifelderwirtschaft.

In der kurzen Zeit, die mir zur Verfügung steht, will ich meine Ablehnung begründen und verdeutlichen.

Erstens: Der Bericht geht in bezug auf die Ursachenanalyse nicht in die Tiefe und bietet **keine komplexe Ursachenforschung.**

Zweitens: Flächenstillegung wird aus nationalen Egoismen unterschiedlich ausgelegt.

Drittens: Je nach den örtlichen Gegebenheiten kann es durchaus richtig sein, Flächen in einer Region stillzulegen und in anderen Regionen, je nach den ökologischen Besonderheiten, weitere Flächen zusätzlich der Agrarnutzung zuzuführen.

Viertens: Stillgelegte Flächen bedürfen einer ökologisch orientierten Betreuung und Pflege. Wenn ein Wiesental, das sich im Laufe der Zeit als Kultursteppe entwickelt hat, sich selbst überlassen würde, würde es als ökologisch wertvolles Biotop gänzlich verlorengehen. Auch das muß man wissen. Und wer beispielsweise bei der Aufforstung Tannen statt Buchen anpflanzt, weil die kommerzielle Nutzung der Tanne mehr einbringt, wer so die Artenvielfalt nicht berücksichtigt und den Wald nicht wieder als Wald gestaltet, der geht den falschen Weg. Aufforstung, als Monokultur angelegt, ist eine falsche Maßnahme. Dies wissen wir heute.

Fünftens: Die in Ziffer 5 di angesprochene wirtschaftliche Funktionsfähigkeit der weniger begünstigten Regionen darf nicht bestimmender Faktor sein, wenn es darum geht, ökologisch notwendige und vertretbare Flächenstillegungen abzulehnen.

Sechstens: Die Erhaltung des bäuerlichen Berufstandes ist ein wichtiges Ziel unserer Gesellschaft. Doch leider wird allzuoft von der Landwirtschaft als Haupterwerbstätigkeit gesprochen, wo es sich bei näherem Hinsehen um einen computergesteuerten Industriebetrieb zur Erzeugung von Eiern oder Fleisch und Monokulturen handelt. **Extensive Bewirtschaftung** kann durchaus eine **vernünftige Alternative zur Flächenstillegung** und zur Intensivbewirtschaftung sein.

Siebtens: Subventionen dürfen nicht als Dauersubventionen angelegt sein. Welcher Sinn sollte darin liegen, zuerst eine Düngemittelsubvention zu zahlen, Pestizide und Herbizide auszustreuen und den Boden zu verseuchen und anschließend die Absetzung dieser Praktiken durch einen angemessenen Einkommensausgleich aus Steuermitteln zu honorieren? Dies wird im Bericht inhaltlich vorgeschlagen. Eine **revolvierende Flächenstillegung** ist durchaus ein Gedanke, der eine ökologische Grundausrichtung hat und wirklich beachtenswert ist.

Achtens: Die alternative Erzeugung von Rohstoffen für die Industrie und den Energiesektor bedingt eine großräumige Bewirtschaftung, wenn sie sich ökonomisch rechnen soll. Die Gefahren für Umwelt und Natur, für den Lufthaushalt und den Wasserhaushalt sind allerdings noch nicht hinreichend untersucht. Insofern würde ich vor voreiligen Festlegungen warnen.

Lassen Sie mich abschließend folgendes bemerken. Die Arbeit in dem vorgelegten Bericht erkenne ich an. Es ist eine Leistung, was da zusammengetragen ist. Vielleicht ließ die Themenstellung eine von mir erwartete Behandlung der Thematik nicht zu. Wissend, daß komplexe Systeme nicht einfach erklärt und beschrieben werden können, vermag ich diesem Bericht nicht meine Zustimmung zu geben. Ich meine, wir sollten ihn an den Ausschuß zurücküberweisen auch auf die Gefahr hin, daß wir möglicherweise erst zu einem späteren Zeitpunkt erneut über Flächenstillegungen reden können.

Herzlichen Dank.

Niegel (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich recht herzlich beim Berichterstatter, Herrn Kollegen Soares Costa, für diesen umfangreichen Bericht bedanken. Insbesondere möchte ich dabei die Anmerkung herausstellen. Manchmal glaube ich, in einem verkehrten Saal zu sein, wenn ich hier die Argumente vieler lieber Freunde aus der sozialen und sozialistischen Fraktion vernehme. Ich habe den Eindruck, sie haben diesen Bericht nicht gelesen. Wenn sie ihn nämlich gelesen hätten, hätten sie festgestellt, daß Herr Soares Costa zu all den Bedenken, die sie vortragen, in seinem Bericht Stellung genommen hat. Logisch wäre es daher doch, zu sagen: Wir unterstützen das, was Soares Costa als kritische Anmerkung zur Flächenstillegung sagt. Soares Costa hat doch nicht gesagt: Die Flächenstillegung ist das Beste, was es gibt. Er sagt vielmehr — mit anderen Worten —, was auch ich sage: Die EG-Kommission und der Ministerrat haben es beschlossen; wir haben es nun einmal, und es soll auslaufen. — Wir haben es bis 1994. Daran beißt die Maus keinen Faden ab. Also wollen wir jetzt versuchen, aus der von uns erkannten problematischen Situation das Beste zu machen, was zu machen ist.

Zunächst einmal haben wir eine gewisse Kritik angebracht. Zweitens sagt der Kollege Soares Costa mit Recht — das ist zum Beispiel auch von dem Kollegen Vorredner nicht verstanden worden, der von 35 % gesprochen hat —:

Höchstens 35 %, damit der Betrieb nicht verödet, damit noch 65 % der Fläche bewirtschaftet werden.

Ich kann aus Erfahrung sprechen. In unserem Land haben wir die Flächenstillegung durchgeführt, und zwar nach der Tabelle, die in dem Bericht des Kollegen Soares Costa enthalten ist, mit 25 000 Teilnehmern und 170 000 Hektar. Es gibt kein Land, in dem auf diesem Gebiet mehr getan worden ist. Auch bei uns haben vor allem norddeutsche Großbetriebe dies genutzt, während dies in Süddeutschland mit seinen Kleinbetrieben nicht so genutzt wurde.

Ich meine, wir müssen Alternativen zur Flächenstillegung suchen. Das sagt doch auch dieser Bericht. Genau vor einem Jahr — fast auf die Stunde genau — haben wir hier in diesem Saal das **Problem der nachwachsenden Rohstoffe** debattiert. Lieber Freund Klejdzinski, lesen Sie doch den Bericht vom vergangenen Jahr! Das sind echte Alternativen. Da benötigen wir keine Großraumlandwirtschaft. Vielmehr können wir auf den vorhandenen Flächen durchaus auch die nachwachsenden Rohstoffe anbauen. Dabei handelt es sich mit einigen Ausnahmen oft gar nicht um andere Früchte; sie werden nur anders verwendet, es ist lediglich ein anderes Qualitätskriterium notwendig. Ich glaube, das sollten wir hier einmal anmerken.

Im übrigen haben wir, meine ich, die Alternative bereits aufgezeigt. Wir haben deutlich gesagt, daß wir die Flächenstillegung als solche nicht wollen. Ich bin der Auffassung, wir sollten den Bericht, wie er jetzt vorliegt, akzeptieren. Wir sollten darüber hinaus den Bericht mit einem Brief an die EG-Kommission leiten und sie bitten, unter den Gesichtspunkten, die wir hier diskutiert haben, die Frage der Fortsetzung der Flächenstillegung erneut genau zu prüfen. Denn für uns ist sie lediglich die **Ultima ratio**, die letzte Möglichkeit. Kein junger Bauer will sich ausbilden lassen, um dann später, auf lange Sicht, Verwalter stillgelegter Flächen zu werden. Das wollen wir doch nicht.

Eine andere Frage ist die, ob die Schädlichkeit der Flächenstillegung bewiesen werden kann. Sicherlich kann man mit der Flächenstillegung von 170 000 Hektar bei uns in Deutschland noch keinen Beweis führen. Aber stellen Sie sich einmal vor, jeder zweite Landwirt macht von der Flächenstillegung Gebrauch. Dann gerät doch das ganze sozio-ökonomische Gefüge draußen im Dorf durcheinander, und dann haben wir letztlich die Schäden. Die wollen wir doch verhüten. Seien wir doch froh, daß bei uns noch keine Schäden nachzuweisen sind.

Deswegen sollten wir die kritischen Anmerkungen, die in diesem Bericht enthalten sind, herausstellen, dem Bericht aber im Interesse aller die Zustimmung geben.

Wenn Sie sich hier dadurch profilieren wollen, daß Sie nein zu einem Nein sagen, dann kann man das wie in der Mathematik werten: nein mal nein ist ja, minus mal minus ist plus. Das bedeutet praktisch, daß Sie die Flächenstillegung propagieren. So bewerte ich Ihr Nein zu diesem Bericht.

Wenn der Forderung entsprochen wird, daß man für die alternativen Flächen, also für nachwachsende Rohstoffe, genausoviel ECU oder Mark oder Franc oder Pfund zu zahlen hat wie für die Flächenstillegung, wird sich, glaube ich, auch hier eine Rentabilität ergeben, und dann wird das Land bewirtschaftet werden können und muß nicht stillgelegt werden.

Abschließend darf ich vielleicht noch folgendes sagen. Der Kollege aus Ungarn hat die **Großraumlandwirtschaft** angesprochen. Meiner Meinung nach hat sich diese Großraumlandwirtschaft Mittel- und Osteuropas nicht bewährt. Langfristig zerstört sie die Sozioökonomie des ländlichen Raumes und auch die Soziologie des Dorfes. Wir sollten alles tun, damit das wieder auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt wird. Man kann keine Agrarpolitik betreiben, indem man zum Beispiel der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft 1,70 DM für den Liter Milch bezahlt, dem Verbraucher aber nur 1 DM abfordert. Das geht langfristig schief. Dies war aber lediglich eine kleine Randanmerkung.

Liebe Freunde und Kollegen, ich bin ein alter, erfahrener Agrarpolitiker. Ich meine, wir sollten die kritischen Anmerkungen, die der Kollege Soares Costa in seinem Bericht dargestellt hat, daß wir nämlich die Flächenstillegung langfristig nicht als agrarpolitisches Instrument ansehen, voll unterstützen. Deshalb ein Ja zu diesem Bericht.

Entschließung 936 (1990)

betr. **die Auswirkungen der Flächenstillegungsprogramme in den ländlichen Regionen**

1. Die Versammlung hat den von ihrem Landwirtschaftsausschuß vorgelegten Bericht (Dok. 6159) über die Auswirkungen der Flächenstillegungsprogramme geprüft.

2. Die Versammlung weist mit Besorgnis darauf hin, daß die Außerbetriebnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen zahlreiche ländliche Regionen in ihrer Existenz ernsthaft gefährdet, besonders die strukturschwachen Regionen, und daß dies zu schwerwiegenden nachteiligen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen für die betroffene Bevölkerung führen kann. Die Versammlung vertritt die Ansicht, daß eine solche Politik daher durch Maßnahmen ergänzt werden sollte, die die Verschlechterung der Lebensbedingungen im ländlichen Raum verhindern und neue positive Entwicklungen für die europäische Landwirtschaft und für die in diesem Bereich erwerbstätigen Menschen fördern können.

3. Die Versammlung befürchtet ebenfalls, daß die Flächenstillegung negative Folgen für zahlreiche agrar-abhängige Industriezweige haben wird und daß der Schaden für die ländlichen Regionen, in denen die Landwirtschaft die Haupterwerbstätigkeit ist, weitreichend sein kann.

4. Die Versammlung ist ebenfalls besorgt darüber, daß die Flächenstillegungsprogramme zu einer Zeit eingeführt werden, wo die Nahrungsmittelvorräte in der Welt ein besorgniserregend niedriges Maß erreicht haben und einige osteuropäische Staaten unter Nahrungsmittelknappheit leiden und fordert angesichts dieser Umstände, die Flächenstillegungsprogramme dringend erneut zu überprüfen.

5. Bis zur Vorlage der Ergebnisse dieser Überprüfung und solange diese Programme noch durchgeführt werden, fordert die Versammlung daher die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates und die Europäische Gemeinschaft auf:

   a) die Flächenstillegungsprogramme neu auszurichten im Hinblick auf eine weitere Ermutigung von Umstellungen der Produktion auf Erzeugnisse, für die kein Überschuß besteht, von Aufforstung oder von extensiven Bewirtschaftungsformen — insbesondere in den Regionen, wo die Landwirtschaft noch immer eine wichtige Rolle in der ländlichen Gemeinschaft spielt — und die Entwicklung von weniger intensiven Bewirtschaftungsmethoden als eine Alternative zur Flächenstillegung in jenen Gebieten zu ermutigen, wo eine intensive landwirtschaftliche Bewirtschaftung oder Tierhaltung die Umwelt gefährdet;

   b) besonderen Nachdruck auf Aufforstungsprogramme, Verhinderung von Bodenerosion und alternative Erzeugung von Rohstoffen für die Industrie und den Energiesektor zu legen, vorausgesetzt, daß diese Alternativen zum Brachliegenlassen von landwirtschaftlichen Flächen einen angemessenen Einkommensausgleich für die Landwirte beinhalten;

   c) zu verhindern, daß landwirtschaftliche Betriebe aufgrund dieser Programme mehr als 35 % ihrer landwirtschaftlichen Nutzflächen stillegen, es sei denn, der Betrieb wird als landwirtschaftlicher Nebenerwerbsbetrieb geführt oder der Landwirt beabsichtigt, in den Ruhestand zu treten;

   d) die stillzulegenden Flächen so auszuwählen, daß

      i. das Leben im ländlichen Raum und insbesondere die wirtschaftliche Funktionsfähigkeit der weniger begünstigten Regionen nicht gefährdet werden;

      ii. ökologische Gesichtspunkte in angemessener Weise in den Programmen berücksichtigt werden und die Gemeinschaft dringend aufgefordert wird, vorher eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen;

      iii. die Zielsetzungen des Programms erreicht werden können;

   e) sicherzustellen, daß Flächenstillegungsprogramme für Grenzertragsböden und in benachteiligten Regionen erst nach sorgfältiger Prüfung durchgeführt werden, wogegen sie angeregt werden könnten für bessere Böden oder für intensiv bewirtschaftete Ackerflächen, wo durch Kunstdünger, Pestizide und Gülle (Massentierhaltung) größere Umweltbeeinträchtigungen bestehen, die somit gemindert werden könnten;

   f) für den ländlichen Raum und die Umwelt einen Aktionsplan zu erstellen, unter besonderer Berücksichtigung von Bodennutzung, Erhaltung der Umwelt und der wildlebenden Tier- und Pflanzenarten und hierbei extensive Bewirtschaftung und ökologische Flächenstillegungsprogramme, die auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft sind, zu berücksichtigen;

   g) zu verhindern, daß stillgelegte Ackerflächen endgültig der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden (Bebauung, Straßen usw.);

   h) sicherzustellen, daß durch Flächenstillegungsprogramme die gesicherte Nahrungsmittelversorgung in der Welt nicht gefährdet wird und ganz besonders nicht die Fähigkeit der westeuropäischen Demokratien, kurzfristig einigen osteuropäischen Staaten zu einem für die Demokratisierungsbemühungen dieser Staaten besonders wichtigen Zeitpunkt zu helfen, eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen.

Tagesordnungspunkt:

Die Auswirkungen der Telekommunikation für Europa

(Drucksache 6151)

Berichterstatter: Abg. Fourré (Frankreich)

Dr. Klejdzinski (SPD): — Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Telekommunikation — Auswirkungen für Europa. Das ist eine wichtige Fragestellung. Manche höre ich sagen: Das ist schon in der Gemeinschaft geregelt. Warum sollen sich die Europaratsmitglieder, der Europarat darum noch kümmern? Doch Telekommunikation ist die Voraussetzung für die Nutzung von **Informationsfreiheit,** einem Recht, das zu schützen ist.

Ich behaupte, Fernsehen und Rundfunk haben die Voraussetzung geschaffen, demokratische Revolutionen in den ost- und mitteleuropäischen Staaten einzuleiten. Durch die Aufnahmeanträge einzelner osteuropäischer Staaten in den Europarat wird erneut belegt, wie wichtig es ist, daß gerade wir uns im Europarat mit dieser Thematik beschäftigen.

Herr Fourré hat eine breitgefächerte Entschließung vorgelegt, die meine Zustimmung finden kann. Mein Dank gilt ihm insbesondere, weil er eine breite Palette vorgelegt hat, die man nicht einfach abschreiben kann. Vielmehr muß man es einfach begreifen, um es in dieser Art und Weise zusammenzukomponieren.

Die Handschrift des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie findet sich in fast allen der 21 Punkte wieder. Es muß unterstrichen werden: Der Telekom-

munikationssektor ist eine ideale Grundlage, um Verbindungen zwischen den Nationen zu schaffen.

Nicht ganz teile ich die in Ziffer 4 formulierte Auffassung, die **Lockerung der COCOM-Regeln** im Jahre 1988 reiche für die Zusammenarbeit mit einigen osteuropäischen Staaten aus. Ich bin insofern Herrn Fourré dankbar — ich habe vorhin sehr aufmerksam zugehört —, daß er in seinem Vorbericht dieses, wenn man so will, revidiert hat. Ich bin sicher, heute würde Herr Fourré eine Wertung, wie er sie im Bericht niedergelegt hat, nicht mehr so formulieren. Es ist allen verständlich, daß dieser Bericht zu einer Zeit geschrieben wurde, als dieses noch nicht erkennbar war.

Die in Ziffer 7 formulierte Auffassung, **Telekommunikation** sei ein **Eckpfeiler der europäischen Wirtschaft**, teile ich. Ich weiß, es ist ein Milliardenmarkt und nicht nur ein Markt für einmalige Investitionen. Deshalb ist dieser Markt auch so interessant. Dieser Markt macht begehrlich; dieser Markt ist verführerisch. Mehrwertdienste, hochauflösendes Fernsehen, integrierte Breitbandkommunikation, Direktausstrahlungen von Fernsehsendungen über Satellitensysteme, das sind die Stichworte.

Ich bin für die **Verabschiedung gemeinsamer Normen** und für die **Harmonisierung der Telekommunikationsnetze.**

Manchmal habe ich aber den Eindruck — dieser Eindruck ist bei mir sehr nachhaltig —, daß diejenigen, die dieses mit dem Hinweis auf Programmvielfalt fordern, letztlich handfeste wirtschaftliche Interessen haben, und sei es nur, alte Filme erneut und immer wieder zu vermarkten, unabhängig von deren Qualität — oft als Freiheit beschrieben, manchmal sehr unappetitlich.

Ich habe in der Bundesrepublik die Möglichkeit, das Kabelfernsehen zu nutzen. Ich wäre nicht ehrlich, wenn ich behaupten würde, mit der Programmvielfalt sei linear die Qualität gestiegen. Das Gegenteil ist der Fall.

Ich muß feststellen: Je mehr die öffentlichen Einrichtungen ihre Einnahmen verlieren, weil private kommerzielle Anbieter den Werbemarkt abgrasen, desto mehr kommen wichtige Aufgaben, wie bildungspolitische Programme und berufliche Bildungsprogramme, zu kurz.

Natürlich haben internationale Telekommunikationsprogramme zur Unterstützung von Entwicklungsländern meine Unterstützung. Doch gleichzeitig müssen wir sagen, daß damit Milliardeninvestitionen zusammenhängen, die die Entwicklungsländer nicht leisten können. Wenn wir auf der einen Seite die nutzbringenden privaten Teile generell vermarkten lassen, auch auf dem Werbemarkt, was sollen dann die staatlichen Systeme als Restgerüst leisten? Darüber muß man nachdenken. Privates Kapital sucht attraktive Anlagen, Finanzanlagen, die renditeträchtig sind.

Ein wichtiger Punkt, den ich unterstreichen möchte, ist die **Einrichtung von Hochleistungsdatenübertragungssystemen,** die die Wissenschaftszentren in Europa miteinander verbinden, zu unterstützen, ich gehe weiter: weltweit zu unterstützen. Dieser Markt kann und darf nicht allein kommerziell geregelt sein; das möchte ich hier deutlich sagen. — Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Ich vermisse allerdings einiges, und insofern ist der Bericht ein bißchen „technologielastig"; man möge mir die Formulierung verzeihen.

Erstens: Es fehlt eine **Technikfolgenabschätzung,** und es fehlt eine **Technikumweltverträglichkeitsprüfung.** Nicht alles, was erfunden wird, führt unweigerlich zum Fortschritt der Menschheit.

Zweitens: Wo bleibt hier der Mensch als soziales Wesen, als Wesen, das auf Geselligkeit angelegt ist?

Drittens: Informationsangebot und Informationsfreiheit haben eine Begrenzung, die nicht beliebig verschiebbar ist, nämlich die Zeit. Wer kann alle diese Dienste nutzen?

Viertens: Wir wissen, neue Systeme haben später oft Folgen, die anfangs nicht erkannt wurden. Ich möchte daran erinnern, daß neue Krankheitsbilder entstehen. Ich möchte aber gleichzeitig auch darauf hinweisen, welche Hilfen gerade die Telekommunikationsindustrie für die frühzeitige Erkennung und Heilung von Krankheiten geschaffen hat. Medizinsystemtechnik ist hier das Stichwort, ein ganz wichtiges Kapitel im Telekommunikationsbereich.

Fünftens: Die Telekommunikationsmittel sind möglicherweise gerade nicht geeignet, Arbeitnehmer in die richtige Beziehung zu ihrer Arbeit zu bringen. Ich gehe davon aus, daß Telekommunikationsmittel auch dazu dienen werden, Arbeitnehmer noch abhängiger zu machen.

Sechstens: Heimarbeitsplätze können natürlich ein Vorteil sein. Sie sind aber gleichzeitig auch ein Nachteil. Teilzeitarbeitsplätze und Nebenerwerbsarbeitsplätze verändern nun einmal die Strukturen gewerkschaftlicher Vertretung. Dies muß man wissen, dies muß man sehen. Denn in der Sozialcharta treten wir dafür ein, daß Arbeitnehmer im Laufe der Zeit ganz bestimmte Rechte erwerben.

Ich stimme dem Bericht zu, weil ich daran mitarbeiten möchte, sicherzustellen, daß die Entwicklung der neuen Kommunikationsmedien zur Verbesserung der Informationsfreiheit des einzelnen und zur Stärkung der Demokratie beiträgt. Das möchte ich mit Nachdruck unterstreichen. Ich finde, eine kritische Begleitung ist angebracht. Wir sollten uns dieser Aufgabe nicht entziehen.

Herzlichen Dank.

Entschließung 937 (1990)

betr. die Auswirkungen der Telekommunikation für Europa

Die Versammlung

1. ist überzeugt, daß der Telekommunikationssektor eine ideale Grundlage ist, um Verbindungen zwischen den Nationen zu schaffen, und daß hier eine Zusammenarbeit im Bereich der Normen und der Schaffung von Telekommunikations-Infrastrukturen erfolgen kann;

2. begrüßt die von der Europäischen Gemeinschaft unternommenen Anstrengungen im Hinblick auf eine Harmonisierung der Telekommunikationsnetze und die Öffnung des Dienstleistungsmarktes in den zwölf Mitgliedstaaten und ist überzeugt, daß diese Harmonisierung nicht nur den Mitgliedstaaten des Europarates, sondern dem gesamten europäischen Kontinent zugute kommen sollte;

3. berücksichtigt, daß die europäischen Telekommunikationsnormen schon weitgehend von der Europäischen Konferenz der Post- und Fernmeldeverwaltungen (CEPT), zu deren Mitgliedern die Mitgliedstaaten des Europarates und auch Jugoslawien, die Vatikanstadt und das Fürstentum Monaco gehören, ausgearbeitet wurden;

4. begrüßt die Zusammenarbeit mit einigen osteuropäischen Staaten, die durch die im Jahre 1988 erfolgte Lockerung der COCOM-Regeln in bezug auf Telekommunikationsgeräte erleichtert wurde;

5. ist der Ansicht, daß einige Entwicklungsländer, insbesondere jene in Afrika, aufgrund ihrer unzureichenden Telekommunikationsstrukturen immer noch stark benachteiligt sind;

6. ist der Ansicht, daß die für die Entwicklung des afrikanischen Kontinents am besten geeignete Infrastruktur ein integriertes Telekommunikationssystem ist, zu dem ein Satellit gehört. Die Durchführbarkeit dieses Systems wird unter der Schirmherrschaft eines zwischenstaatlichen Koordinationskomitees (IACC) in einer Studie geprüft, an der sich unter Leitung der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) die afrikanischen Länder und zehn internationale und intergouvernementale regionale Organisationen beteiligen;

7. legt Wert darauf, daß der Sektor der Telekommunikationseinrichtungen einer der Eckpfeiler der europäischen Wirtschaft bleibt;

8. ist überzeugt, daß der Erfolg dieses Sektors weitgehend von der Harmonisierung der Normen, der Forschung und der Öffnung der öffentlichen (Fernmelde-)Märkte abhängt;

9. ist überzeugt, daß die derzeitige Entwicklung im Telekommunikationssektor zum Heranwachsen eines neuen, wirtschaftlich bedeutenden Sektors, nämlich der sogenannten „Mehrwert-Dienste", führt, und daß die in diesem Sektor entstehenden „neuen Unternehmen" eine wirksame Rolle bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze spielen können;

10. ist überzeugt, daß das „hochauflösende Fernsehen" (HDTV) in den nächsten zehn Jahren von entscheidender Bedeutung für die Industrie sein wird;

11. ist der Ansicht, daß die Verfügbarkeit der Grunddienste der Telekommunikation und der zu gleichen Bedingungen angebotene Zugang zu diesen Diensten bereits wesentlich zum Wohl der Bevölkerungen beitragen und Auswirkungen auf deren wirtschaftliche Entwicklung haben und daß eine Erweiterung der Telekommunikationseinrichtungen in den Entwicklungsländern eine positive Auswirkung auf die Weltwirtschaft insgesamt haben wird;

12. ist sich bewußt, daß regionale Ungleichgewichte durch regionale Unterschiede der Infrastrukturen im Telekommunikationssektor noch verstärkt werden;

13. begrüßt die Initiativen der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Entwicklung der Telekommunikation auf regionaler Ebene, die durch das Programm (STAR) „Zugang der benachteiligten Regionen zu den fortgeschrittenen Telekommunikationsdiensten" konkreten Ausdruck gefunden haben;

14. begrüßt das pragmatische und flexible Finanzierungssystem des Eureka-Programms;

15. ist überzeugt, daß Telekommunikationseinrichtungen hervorragend geeignet sind, Bildung und berufliche Bildung, sowohl in den Entwicklungsländern und Ländern mit weit zerstreuter Besiedlung als auch in den Industrieländern zu fördern;

16. ist überzeugt, daß die Kommunikationstechnologien eine Umstrukturierung des Arbeitsmarktes ermöglichen (Telearbeit, Fernkauf) und Möglichkeiten zur Harmonisierung des sozialen Umfelds bieten;

17. ist der Ansicht, daß die Telekommunikation, die audiovisuellen Techniken und die integrierte Breitbandkommunikation zur Verbreitung von Information und Kultur beitragen;

18. ist sich der Wechselwirkung zwischen technischen Medien und kulturellem Schaffen bewußt, die u. a. durch die Entwicklung des Kabelfernsehens, der Direktausstrahlung von Fernsehsendungen über Satellit und der Einführung des hochauflösenden Fernsehens beeinflußt wird;

19. ist überzeugt, daß Direktausstrahlungen von Fernsehsendungen über Satellit eine unabhängige Informationsquelle im Vergleich zu institutionalisierten Quellen darstellen können;

20. ist überzeugt, daß Monopole über ganze Kommunikationsketten besonders dort, wo das Medium mit dem Inhalt identifiziert wird, mögliche Risiken der kulturellen Beherrschung enthalten und daß daher Pluralismus und Unabhängigkeit der Information die besten Garantien der Demokratie sind;

21. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten auf:

    a) sicherzustellen, daß die Entwicklung der neuen Kommunikationsmedien zur Verbesserung der Informationsfreiheit des einzelnen und zur Stärkung der Demokratie beiträgt;

    b) die pluralistische Nutzung der Netze zu gewährleisten und sicherzustellen, daß bei der Bereitstellung von Kommunikationsmedien Medium und Inhalt getrennt werden;

c) die Schaffung unabhängiger Programme in den Telekommunikationsnetzen und Kabelsystemen zu ermutigen, indem Programmonopole verhindert werden;

d) Pläne zur Förderung von Bildungs- und beruflichen Bildungsprogrammen zu unterstützen und dabei die gesamte Palette der Techniken und Medien — Telematik, Fernsehen, Kabel, Funk und Satellit — zu nutzen;

e) die Einrichtung von Hochleistungsdatenübertragungssystemen, welche die Wissenschaftszentren in Europa miteinander verbinden, zu unterstützen;

f) an der Beschäftigungsentwicklung mitzuwirken durch Förderung des Nachfolgeeffekts im Telekommunikationsbereich und insbesondere die Gründung von kleinen und mittleren Unternehmen zu fördern, die „Mehrwertdienste" anbieten;

g) innerhalb der Mitgliedstaaten die Harmonisierungsvorschriften in bezug auf die Bereitstellung offener Netze und die Öffnung des Mehrwertdienstleistungsmarkts im Telekommunikationssektor auszuweiten;

h) die weltweite Standardisierung der Telekommunikations- und Rundfunksysteme zu fördern, um die rasche Einführung und Weiterentwicklung neuer Techniken zu erleichtern und dadurch für Hersteller, Betriebe und Verbraucher einen weltweiten Markt mit entsprechenden kostengünstigen Möglichkeiten zu schaffen;

i) die europäische Telekommunikationsgeräteindustrie durch die vorrangige Entwicklung des diensteintegrierenden digitalen Netzes (ISDN) sowie durch Standardisierung, Forschung und Öffnung der öffentlichen Märkte in den Mitgliedstaaten zu stärken;

j) Maßnahmen zu ergreifen zur Einführung gemeinsamer Normen für Direktausstrahlung von Fernsehsendungen über Satellit;

k) die Entwicklung des paneuropäischen mobilen Kommunikationsnetzes (GSM) zu fördern;

l) die Verabschiedung einer gemeinsamen Norm für das hochauflösende Fernsehen in Europa zu unterstützen;

m) die Schaffung eines Binnenmarktes für das hochauflösende Fernsehen, der alle Medien umfaßt — Kabel, Funk und Satellit —, zu fördern;

n) Maßnahmen zur Korrektur regionaler Ungleichheiten in den Mitgliedstaaten zu ergreifen, damit die grundlegenden Telekommunikationsdienste gleichermaßen für alle zugänglich und die Grundlagen für einen wirtschaftlichen Aufschwung gesichert sind;

o) die Durchführung eines Programms zur Förderung benachteiligter Regionen nach dem Vorbild des STAR-Programms der Europäischen Gemeinschaft zu prüfen, welches nach dem Modell des Eureka-Programms finanziert werden könnte;

p) Konsultationen im Hinblick auf eine Ausweitung der Vorschriften über Standardisierung und Bereitstellung von Netzen für osteuropäische Staaten einzuleiten;

q) den Beitrittsantrag osteuropäischer Staaten auf Mitgliedschaft in der Europäischen Konferenz der Post- und Fernmeldeverwaltungen (CEPT) wohlwollend zu prüfen;

r) internationale Telekommunikationsprogramme zur Unterstützung von Entwicklungsländern zu befürworten und insbesondere einen regionalen Fernmeldesatelliten für Afrika zu fördern, unter Beteiligung einer größtmöglichen Zahl von Staaten der Region und Berücksichtigung aller bestehenden Initiativen.

Donnerstag, 1. Februar 1990

Tagesordnungspunkt:

Flüchtlinge aus Ländern Mittel- und Osteuropas

(Drucksache 6167)

Berichterstatter: Abg. Fuhrmann (Österreich)

Böhm (Melsungen) (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Namens des Ausschusses möchte ich dem Berichterstatter, dem Kollegen Fuhrmann, sehr herzlich für diese große Arbeit, die er auf sich genommen hat, danken.

Die Vorbereitung dieses Berichts führte den Ausschuß zu seiner ersten Arbeitssitzung nach Budapest, und sie führte auch den Unterausschuß für Flüchtlinge in die Bundesrepublik Deutschland, wo die Mitglieder des Komitees Gelegenheit hatten, mit den Flüchtlingen in den Lagern Friedland und Gießen zu sprechen.

Ich möchte Ihnen sagen: Alle Kollegen, die sich an diesen Arbeitssitzungen beteiligt haben, waren von den menschlichen Schicksalen derjenigen tief beeindruckt, die zu dieser Flucht gezwungen worden sind und die sich nun entweder in Ungarn oder in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten.

Wir standen zwei Tage, bevor die Grenze in Deutschland fiel, an der Stelle in meinem Wahlkreis, wo die Mauer ebenso durch das Herz Deutschlands gezogen war wie in Berlin. Wir konnten in diesem Augenblick nicht ahnen, daß es nur 48 Stunden dauern würde, bis diese schreckliche Grenze fallen würde. Aber wir konnten mit vielen Menschen sprechen, die diese Grenze schon überwinden konnten, weil sie durch unsere ungarischen Freunde und später durch die Tschechen, Slowaken und Polen die Möglichkeit erhielten, die DDR auf Umwegen zu verlassen.

Wenn einmal die Geschichte Europas für die Zeit nach dem zweiten 30jährigen Krieg — wie ich es gerne ausdrücke —, also für die Zeit nach 1945, geschrieben wird, dann werden die jüngsten Ereignisse in Ost- und Mitteleuropa in dieser Geschichte einen großartigen Platz einnehmen, vor allem durch die Hilfsbereitschaft, mit der über Grenzen hinweg Freiheit ermöglicht wurde.

Wir wissen, daß die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen drüben, z. B. in der DDR, aber auch in anderen Ländern, noch nicht abgeschlossen sind. Wir können eines allerdings mit absoluter Sicherheit voraussagen: Wenn es, wodurch auch immer, zu einem Rückschlag in den Bestrebungen nach Demokratie und Freiheit in der DDR oder anderen Ländern kommen sollte, werden wir nicht mit Tausenden und Hunderttausenden von Flüchtlingen zu tun haben, sondern dann werden Millionen kommen.

Die Bürger im Eichsfeld, dem Landesteil Thüringens gegenüber Hessen und Niedersachsen, haben kürzlich in einer eindrucksvollen Demonstration darauf hingewiesen, was geschehen würde, wenn es in der DDR zu einem Rückschlag käme. Dort sind die Bewohner von fünf Dörfern — allesamt, vom ältesten Bürger bis zum Kleinkind — mit leeren Koffern über die Grenze gekommen, haben sich in der Bundesrepublik Deutschland für ein paar Stunden niedergelassen und sind dann zurückgegangen. Sie haben gesagt: Wenn wir die Freiheit durch die Wahlen — im März — nicht erreichen, dann kommen wir — dann müssen wir kommen — mit gefüllten Koffern, und dann bleiben wir, weil wir dort unter einem wie auch immer gearteten sogenannten real existierenden Sozialismus nicht leben können und nicht leben wollen.

Darum gibt es für uns nicht nur aus humanitären Gründen oder aus Zuneigung zu denen, die dort drüben leben müssen, sondern auch aus Eigennutz überhaupt nur eines, nämlich zu helfen, daß sie dort, wo sie heute sind, in Freiheit und friedlich leben können.

Abschließend möchte ich nochmals die Enttäuschung unseres Ausschusses gegenüber dem Ministerkomitee zum Ausdruck bringen — das ist auch in der Diskussion schon geschehen —, und zwar darüber, daß klare Vorschläge des Ausschusses zur Schaffung eines ständigen Organs, die in den vergangenen Jahren gemacht worden sind, vom Ministerkomitee in den Wind geschlagen worden sind. Hier hat wieder einmal, wie in dem gesamten Vorgehen gegenüber Ost-, Südost- und Mitteleuropa, die Versammlung sich als das fortschrittliche, zukunftsweisende Organ des Europarates erwiesen. Wir müssen das Ministerkomitee immer erst zum Jagen tragen, und wir müssen oft genug feststellen, daß dort die guten Vorschläge, die von den Parlamentariern, also aus der politischen Praxis von den Vertretern der Bürger, gemacht werden, nicht akzeptiert oder nachlässig behandelt werden. Das war und ist unerträglich. Aber wir hoffen, daß sich das nun endlich unter dem Eindruck dieser Erfahrungen endgültig ändert. Das wünsche ich mir als Ergebnis unseres Bemühens, das wir hier an den Tag legen.

Ich möchte mich noch einmal herzlich bei dem Berichterstatter bedanken sowie bei all denjenigen, die in der Diskussion wertvolle Beiträge geleistet haben. Ich hoffe, daß diese Empfehlungen Ihre einstimmige Zustimmung finden. Vielen Dank.

Empfehlung 1120 (1990)

betr. **Flüchtlinge aus Ländern Mittel- und Osteuropas**

Die Versammlung

1. stellt fest, daß Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa zu einem massiven Zustrom von Menschen, die oft als Flüchtlinge bezeichnet werden, in die Mitgliedstaaten des Europarates geführt haben;
2. sieht, daß die Bundesrepublik Deutschland, Österreich, Ungarn und, in geringerem Ausmaß, Italien, die Hauptlast dieses Zustroms tragen;
3. ist der Ansicht, daß die Auswirkungen dieses Zustroms nicht auf die benachbarten Staaten begrenzt bleiben, sondern bald in allen Mitgliedstaaten des Europarates zu fühlen sein werden, und daher größere Solidarität und eine Verteilung der Lasten notwendig ist;
4. ist der Ansicht, daß die Solidarität mit Menschen, die aus Mittel- und Osteuropa kommen, nicht zu Lasten der asylsuchenden Menschen aus anderen Teilen der Welt gehen darf;
5. begrüßt das Ende der Diktatur in Rumänien, stellt jedoch fest, daß der Flüchtlingsstrom nach Ungarn weiterhin anhält;
6. begrüßt die vor kurzem getroffene Entscheidung der bulgarischen Regierung, der Politik der Zwangsassimilierung ein Ende zu bereiten, durch die zahlreiche Mitglieder der ethnischen und moslemischen Minderheit veranlaßt wurden, in der Türkei Zuflucht zu suchen;
7. stellt fest, daß die Tatsache, daß die nationalen Minderheiten in verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern nach jahrzehntelanger Unterdrückung ihre Meinungsfreiheit und die Freizügigkeit wiedererlangt haben, in der Anfangsphase dazu führen kann, daß sie sich ihren Herkunftsgemeinschaften anschließen möchten und daß die grenzüberschreitenden Wanderbewegungen zunehmen;
8. bedauert, daß der zurückhaltende Aufruf des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) zur Unterstützung der Flüchtlinge in Ungarn bislang bei den traditionellen Geberländern nur geringes Echo gefunden hat;
9. bekräftigt, daß politische und wirtschaftliche Reformen — einschließlich einer genauen Einhaltung der Rechte der nationalen Minderheiten in den einzelnen Ländern — weitgehend Massenabwanderungen von Menschen verhindern können;

10. ist in Anbetracht der Tatsache, daß die Entwicklungshilfe das wirksamste Mittel zur Einschränkung der Wanderbewegungen aus mittel- und osteuropäischen Ländern ist, der Ansicht, daß der soziale Entwicklungsfonds des Europarates eine bedeutende Rolle bei der Unterstützung dieser Länder spielen und so die Aktivitäten der vor kurzem gegründeten Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) ergänzen sollte;

11. begrüßt, daß der soziale Entwicklungsfonds des Europarates der Bundesrepublik Deutschland vor kurzem ein Darlehen zur Mitfinanzierung eines Wohnungsprogramms zugunsten deutschstämmiger Flüchtlinge gewährt hat;

12. empfiehlt dem Ministerkomitee:

    i. so bald wie möglich eine Ministerkonferenz über die durch Flüchtlinge in Europa entstandenen Probleme zu veranstalten mit dem Ziel, konkrete Maßnahmen in bezug auf einheitliche Regelungen und Politiken sowie Unterstützung für jene Staaten, die die Hauptlast tragen, herbeizuführen und sich dabei u. a. auf Absatz 6. i. der Empfehlung 1016 betr. die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Flüchtlingen und Asylbewerbern beziehen, die von der Versammlung am 26. September 1985 angenommen wurde;

    ii. mittel- und osteuropäische Nicht-Mitgliedstaaten als gleichgestellte Teilnehmer zu einer solchen Konferenz einzuladen;

    iii. Ungarn aufzufordern, Mitglied des sozialen Entwicklungsfonds des Europarates zu werden;

    iv. andere mittel- und osteuropäische Staaten, die sich noch nicht um eine Mitgliedschaft beim Europarat beworben haben, aufzufordern, die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, assoziierte Mitglieder des sozialen Entwicklungsfonds zu werden;

    v. die Regierungen der Mitgliedstaaten des Fonds aufzufordern, die Einlagen des Fonds, die erforderlich sind, um zusätzliche Maßnahmen in Mittel- und Osteuropa durchzuführen, aufzustocken;

    vi. die Mitgliedstaaten aufzufordern, dem Aufruf des UNHCR zur Unterstützung der Flüchtlinge in Ungarn nachzukommen.

Die Rechte des Kindes

(Drucksache 6142)

Berichterstatterin: Abg. Frau Ekman (Schweden)

(Themen: UN-Konvention über die Rechte des Kindes — Besondere Situation von Kindern in den Entwicklungsländern — Drogenproblematik — Medienüberflutung — Einsetzung von Kinderbeauftragten)

Empfehlung 1121 (1990)

betr. die Rechte des Kindes

Die Versammlung

1. verweist darauf, daß die Lebenskraft einer Gesellschaft von den Möglichkeiten abhängt, die diese ihrer jungen Generation für ein Heranwachsen und eine Entwicklung in Sicherheit, Selbstverwirklichung, Solidarität und Frieden bietet;

2. ist der Ansicht, daß Kinder — d. h. die jungen Menschen, die die Volljährigkeit noch nicht erreicht haben — einer besonderen Unterstützung, Fürsorge und des Schutzes bedürfen und ist der Ansicht, daß die grundsätzliche Verantwortung der Eltern erneut bestätigt werden muß und nicht in Frage gestellt werden darf;

3. ist der Ansicht, daß das Kind im Interesse der vollen und harmonischen Entfaltung seiner Persönlichkeit in einer Atmosphäre des Glücks, der Liebe und des Verständnisses aufwachsen sollte;

4. ist der Ansicht, daß das Recht des Kindes auf besonderen Schutz der Gesellschaft und den Erwachsenen, die speziell mit der Betreuung von Kindern befaßt sind, wie z. B. Eltern, Lehrer, Sozialarbeiter, Ärzte und andere, Verpflichtungen auferlegt;

5. ist der Ansicht, daß Kinder außer dem Recht auf Schutz Rechte besitzen, die sie selbst in unabhängiger Weise wahrnehmen können, auch gegen den Willen von Erwachsenen;

6. ist der Ansicht, daß die elterliche Gewalt und die Autorität anderer Erwachsener in bezug auf Kinder sich aus einer Fürsorgepflicht ergeben und nur in dem Maße bestehen dürfen, wie sie für den Schutz der Person und den Besitzstand des Kindes erforderlich sind;

7. ist der Ansicht, daß diese Vollmachten mit dem Heranwachsen des Kindes abnehmen und daß das Kind zunehmend in der Lage sein wird, eine wachsende Zahl von Rechten selbst wahrzunehmen;

8. ist der Ansicht, daß es in bezug auf die Minderjährigen zustehenden oder von ihnen in Anspruch zu nehmenden Rechte viele Unklarheiten gibt und daß es sehr zu begrüßen wäre, wenn alle Mitgliedstaaten ab dem gleichen Alter volle Rechtsfähigkeit vorsehen würden;

9. ist der Auffassung, daß junge Menschen zunehmend mehr reisen, im Ausland studieren und arbeiten und daß aus diesem Grunde in den Mitgliedstaaten des Europarates eine kohärente Vorgehensweise und Gesetze in bezug auf die Rechte des Kindes erstrebenswert sind;

10. begrüßt die im November 1989 erfolgte Verabschiedung des Übereinkommens über die Rechte des Kindes durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen;

11. verweist auf ihre Empfehlungen 874 (1979) über eine Europäische Charta über die Rechte des Kindes, 1071 (1988) über Fürsorgemaßnahmen für Kinder und Jugendliche und 1074 (1988) über Familienpolitik;

12. verweist auf die Empfehlung R (88) 16 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über die Ratifizierung und Verbesserung der Durchsetzung der Übereinkommen und Abkommen, die im Rahmen des Europarates im Bereich des Privatrechts geschlossen wurden, und insbesondere auf die Übereinkommen, welche die Interessen des Kindes schützen,

13. empfiehlt dem Ministerkomitee:

    A. die Mitgliedstaaten aufzufordern:

       i. soweit sie dies noch nicht getan haben, folgende Vertragswerke zu unterzeichnen und zu ratifizieren:

          a) die Europäische Sozialcharta (1961, ETS 35), insbesondere unter Anwendung sämtlicher Bestimmungen ihres Artikels 7 über den Schutz von Kindern und Jugendlichen, ihres Artikels 17 über den Schutz von Müttern und Kindern und ihres Artikels 19 (6) über die Familienzusammenführung unter voller Anwendung der darin enthaltenen Vorschriften;

          b) das Europäische Übereinkommen über die Adoption von Kindern (1967, ETS 58);

          c) das Europäische Übereinkommen über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder (1975, ETS 85);

          d) das Europäische Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses (1980, ETS 105);

          e) das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Nr. 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung aus dem Jahre 1973;

       ii. sofern sie dies noch nicht getan haben, die Einsetzung eines speziellen Kinderbeauftragten in Betracht zu ziehen, der Kinder über ihre Rechte informieren, sie beraten und sie möglicherweise gerichtlich vertreten könnte;

       iii. alles in ihrer Macht stehende zu tun zugunsten einer zügigen Ratifizierung und Anwendung des von den Vereinten Nationen verabschiedeten Übereinkommens über die Rechte des Kindes;

    B. die zuständigen Lenkungsausschüsse anzuweisen, die Möglichkeit der Ausarbeitung eines entsprechenden Rechtsinstruments des Europarates zur Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes zu untersuchen und insbesondere den Lenkungsausschuß für Menschenrechtsfragen (CDDH) anzuweisen, die Möglichkeit eines Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention zu untersuchen, das sich auf die Rechte des Kindes bezieht;

    C. in dem o. g. Europäischen Übereinkommen nicht nur die bürgerlichen und politischen Rechte der Kinder sondern auch ihre wirtschaftlichen und sozialen Rechte anzuerkennen und dementsprechend den Lenkungsausschuß für Menschenrechtsfragen anzuweisen, mit anderen Gremien der verschiedenen betroffenen Bereiche, wie z. B. aus dem sozial- und beschäftigungspolitischen Bereich, zusammenzuarbeiten;

    D. das Europäische Komitee für juristische Zusammenarbeit (CDCJ) oder einen anderen zuständigen zwischenstaatlichen Sachverständigenausschuß anzuweisen, eine umfassende Studie über die rechtliche Stellung des Kindes vor Gericht und über die Rechts- und Geschäftsfähigkeit von Minderjährigen vor Erlangung der vollen Rechtsfähigkeit anzufertigen mit dem Ziel, einheitliche europäische Festlegungen zu erreichen;

    E. eine kleine Gruppe kompetenter und unabhängiger Experten zusammenzustellen, um die Frage zu untersuchen, wie Kinder die ihnen in internationalen Rechtsinstrumenten — wie z. B. in der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und in der Europäischen Sozialcharta — zugesicherten Grundrechte ausüben können;

    F. Kinder verbessert über die ihnen zustehenden Rechte zu informieren;

    G. ein koordiniertes Vorgehen zu vereinbaren, um eine systematische Untersuchung der Rechte des Kindes und eine Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, wie z. B. der Europäischen Gemeinschaft, der Internationalen Arbeitsorganisation, der Haager Konferenz über das internationale Privatrecht, und mit nichtstaatlichen Organisationen zu gewährleisten.

Tagesordnungspunkt:

Antwort auf den 34. und 35. Jahresbericht der europäischen Verkehrsminister (CEMT) von 1987 und 1988

(Drucksachen 6161 und 6164)

Berichterstatter: Abg. Aho (Finnland)

Antretter (SPD): Herr Präsident, wir haben auch den beiden Berichterstattern zu danken für den interessanten Bericht und die wichtige Beschlußempfehlung, die sie vorgelegt haben. Angesichts der großen Herausforderung, vor die wir uns im Zusammenhang mit

den Problemen des Verkehrs und der Verkehrspolitik in Europa gestellt sehen, glaube ich allerdings, daß wir uns nicht mehr auf analytische Ansätze beschränken dürfen. Es gibt auch hervorragende Empfehlungen. Seit längerer Zeit werden von verschiedenen Seiten in Europa Anregungen für die Bewältigung dieses Problems gegeben. In Wirklichkeit liegt es aber an dem ängstlichen und zögernden Handeln der Regierungen.

Man muß sich folgende Tatsachen einmal vorstellen. In manchen der Länder, die der Europäischen Gemeinschaft und auch dem Europarat angehören, bekommen wir bis zum Jahre 2000 eine Verdoppelung des Lkw-Verkehrs und damit eine Verdoppelung der Stickoxide, die zur Hälfte das Waldsterben verursachen. Wir werden eine deutliche Zunahme des Landschaftsverbrauchs bekommen. Man kann davon ausgehen, daß in den Ländern des Europarates heute etwa 10 Millionen Quadratmeter Landschaft täglich zubetoniert werden. Wir werden viel mehr Verkehrsunfälle, Verkehrstote und Verletzte haben. Die Folgekosten belaufen sich bereits heute auf etwa 500 Milliarden DM jährlich.

Wenn man das alles einkalkuliert und auf das Jahr 2000 fortschreibt, dann ist überhaupt keine Zeit mehr zu verlieren. Dann ist das wichtigste Signal, das heute von dieser Debatte ausgehen kann, dies, daß die Regierungen rasch handeln müssen, auch wenn nicht immer gleich die ganz großen Lösungen realisiert werden können. Häufig gibt es kleinere Alternativen, mit denen man aber beginnen muß. Die herkömmliche Verkehrspolitik — das darf man so deutlich sagen — steckt in einer Sackgasse, sie ist gescheitert. Deshalb **erfordert eine zukunftsgerechte Verkehrspolitik eine grundlegend neue Orientierung.**

In den Entschließungsempfehlungen sind wichtige Ratschläge gegeben, etwa daß das **Verursacherprinzip** stärker Geltung erhalten muß. Ich füge hinzu: Die Verkehrsträger haben mehr als bisher für die von ihnen verursachten Kosten aufzukommen. Das gilt für die Wegekosten, die Unfallkosten und die Umweltkosten. Erforderlich ist eine **Vollkostenkalkulation.** Auch diese externen Kosten — das wird anerkennenswerterweise zum Ausdruck gebracht — müssen sich adäquat in Preisen ausdrücken.

Außerdem ist von der Verflechtung der Verkehrsträger die Rede. In der Tat, kein Verkehrsträger ist mehr allein imstande, die Anforderungen an ein wirklich rationales Verkehrssystem zu erfüllen. Die jeweiligen Vorzüge der Verkehrsträger im Hinblick auf Umwelt, Transportökonomie, Sicherheit, Komfort, Energieverbrauch usw., müssen besser genutzt und die einzelnen Verkehrsträger müssen zu optimalen Transport- und Beförderungskosten miteinander verknüpft werden. Es liegt auf der Hand: Der Systemvorteil des Straßenverkehrs ist die Flächenerschließung, hohe Flexibilität bei individueller Nachfrage und die Haus-zu-Haus-Beförderung. Der Systemvorteil des Schienenverkehrs ist der schnelle, kostengünstige und umweltfreundliche Transport großer bzw. gebündelter Gütermengen sowie großer Personenzahlen. Nur, man muß die Voraussetzungen schaffen, man muß es politisch entscheiden.

Noch einem anderen Punkt möchte ich im vollen Umfang zustimmen, nämlich dem, was zum **alpenüberschreitenden Verkehr** gesagt wurde. Herr Präsident, in die alpinen Ökosysteme wurde in den letzten Jahrzehnten massiv eingegriffen, und das, was wir selbst schmeichelnd Zivilisationsdruck nennen, bedroht Flora, Fauna, Boden und Gewässer. Ich glaube, wir alle müssen für die Entscheidungen, die die Schweizer und die österreichische Regierung getroffen haben, Verständnis haben. Sie bedürfen der Solidarität nicht nur der Alpenländer, sondern aller Länder dieser Versammlung.

Eine deutlichere Sprache und präzisere Forderungen wünsche ich mir bei der Frage des Tempolimits und des Lärmschutzes. Unter Nr. 10 heißt es dezent: ... wollen wir ihn ihren unablässigen Bemühungen um eine Verringerung des Massensterbens auf den Straßen insbesondere dadurch unterstützen, daß das Fahrverhalten beeinflußt wird. Herr Präsident, meine Damen und Herren, dies ist entschieden zuwenig angesichts dieser enormen Herausforderung. Ich habe die Zahlen genannt. Natürlich, Technik und Fortschritt haben ihren Preis. Aber 100 000 Tote jährlich in den Ländern des Europarates sind ein zu hoher Preis. Ansetzen könnte man bei den Hauptunfallursachen, nämlich Alkohol und **zu hohen Geschwindigkeiten.**

Wenn die Vereinigten Staaten von Amerika, ein Land, in dem viele von uns eine Heimstatt der Freiheit sehen, es sich leisten können, nun zum zweitenmal durch Beschluß des Kongresses ein Tempolimit von 55 Meilen, sprich: 88 Stundenkilometer, auf ihren sechs- und achtspurigen Highways zu verhängen, und wenn sie dies dem Freiheitsbedürfnis ihrer Bürgerinnen und Bürger zumuten können, wieso ist es dann eigentlich bei uns nicht möglich, europaweit auf Autobahnen Tempo 120 und auf Bundesstraßen oder vergleichbaren Straßen in anderen Ländern Tempo 90 zu fahren? Hier muß mehr Mut sichtbar werden. Hier dürfen wir vor der Lobby, die ein Interesse daran hat, daß der Schlachtruf „Freie Fahrt dem freien Bürger" Gültigkeit behält, nicht in die Knie gehen.

Ein letzter Punkt ist die von uns eher vernachlässigte **Frage des Lärmschutzes.** Zu Beginn dieses Jahrhunderts hat ein sehr angesehener Mediziner, Professor Robert Koch, gesagt: Der Lärm ist die Pest dieses Jahrhunderts. Im China der Mandarine gab es eine Todesstrafe, bei der man den Delinquenten so lange ohrenbetäubendem Lärm ausgesetzt hat, bis der Tod eintrat. Zwischen dieser Möglichkeit, einen Menschen mit Lärm zu Tode zu bringen, und der absoluten Stille gibt es eine große Bandbreite. Aber man kann sich ausrechnen, daß es einen Punkt gibt, an dem der Lärm für die Menschen sehr gesundheitsschädlich wird.

Bei Befragungen in meinem Lande, der Bundesrepublik Deutschland, geben heute schon zwei Drittel an, daß sie sich durch Lärm belästigt fühlen. Ich glaube, die Menschen brauchen mehr Schutz vor unzumutbarem Verkehrslärm. Deshalb müssen wir uns auch hier in der Versammlung noch einmal eigens dieses Themas annehmen.

Im übrigen würde ich es begrüßen, wenn die Parlamentarier in unseren nationalen Parlamenten — ich

kann nur von der Bundesrepublik sprechen — beim Thema Verkehrspolitik eine so große Anteilnahme an den Tag legten, wie es heute hier in der Beratenden Versammlung der Fall ist. Vielleicht können wir von dem, was wir heute hier miteinander erörtern, etwas in die nationalen Parlamente hineintragen mit dem Ziel, daß der Verkehrspolitik, der eine so große Aufgabe im Hinblick auf die Zukunft unserer Kinder zukommt, von den Politikern mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Entschließung 938 (1990)

betr. **die Antwort auf den 34. und 35. Jahresbericht der europäischen Verkehrsministerkonferenz (CEMT) von 1987 und 1988**

Die Versammlung

1. hat den 34. und 35. Jahresbericht der CEMT (Dok. 6063 und 6066), den als Antwort darauf erstellten Bericht ihres Ausschusses für Wirtschaft und Entwicklung (Dok. 6161) sowie die Stellungnahme ihres Ausschusses für Umwelt, Raumordnung und Kommunalfragen (Dok. 6164) zur Kenntnis genommen;

2. ist sich bewußt, daß die Beförderungseinrichtungen auf unserem Kontinent, insbesondere Straßen, Flughäfen und Luftkorridore, infolge der kommenden wirtschaftlichen Integration und des Wirtschaftswachstums in Europa noch stärker beansprucht werden;

3. vertritt die Überzeugung, daß Europa in den kommenden Jahren mit wichtigen Herausforderungen im Bereich des Transportwesens konfrontiert wird, von denen drei Aspekte infolge ihrer vorrangigen Bedeutung besondere Aufmerksamkeit verdienen: die Integration im Bereich des Europarates, die Ost-West-Zusammenarbeit und die Bewältigung transportgebundener Umweltprobleme;

4. erkennt an, daß in Europa vor allem die Straßen stark überlastet sind und die Umwelt in einem Maße beeinträchtigt wird, daß dem Beförderungspotential auf dem Schienen- und Wasserweg größere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß;

5. ist sich dennoch bewußt, daß man, um den Erfolg dieser Umorientierung zu gewährleisten, vielleicht eine neue Preispolitik festsetzen muß, die den „externen Kosten", welche für Gesellschaft und Umwelt durch die unterschiedlichen Beförderungsarten entstehen, besser Rechnung trägt;

6. ist andererseits überzeugt, daß bedeutende Investitionen im Bereich der Infrastruktur erforderlich sind, um eine Entwicklung in diesem Sinne zu ermöglichen, insbesondere im Hinblick auf die kombinierten Systeme Straße/Schiene, Wasser/Schiene und Wasser/Straße;

7. bedauert das tragische Ansteigen der Zahl der Verkehrsunfälle in Europa während der letzten Jahre und vertritt die Überzeugung, daß die Ursache dafür in der Unzulänglichkeit von Vorsichtsmaßnahmen in Bereichen wie z. B. Fahrverhalten, Verkehrskontrolle und -führung, Trennung der Fahrspuren, Fahrzeugkontrolle und Unfallforschung, zu suchen ist;

8. begrüßt das ehrgeizige Projekt „Rail 2000" sowie weitere vor kurzem in der Schweiz ergriffene Initiativen, von denen sich dieses Land einen erheblichen Kapazitätsanstieg für den alpenquerenden Gütertransport erhofft;

9. erklärt ihr Verständnis für die von der Schweiz und Österreich ergriffenen Maßnahmen zum Schutz des anfälligen Alpenraums und der Bevölkerung, die starken Umweltbelastungen ausgesetzt ist, und bringt ihre Besorgnis insbesondere im Hinblick auf die gegen Österreich beabsichtigten Repressalien zum Ausdruck;

10. fordert die Mitgliedstaaten der CEMT und des Europarates auf:

    i. die Strukturen der CEMT zur Koordinierung von Transportproblemen, die über den rein nationalen Rahmen hinausgehen, voll zu nutzen und innerhalb der CEMT eine kohärente europäische Transportpolitik festzusetzen, an der gleichzeitig Mitglieds- und Nicht-Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft beteiligt sind;

    ii. insbesondere zu vermeiden, daß die für 1993 vorgesehene Realisierung des Binnenmarkts der Europäischen Gemeinschaft eine Beeinträchtigung im Bereich des europäischen Transportwesens nach sich zieht;

    iii. die Bemühungen der CEMT um den Ausbau ihrer Beziehungen zu den mittel- und osteuropäischen Ländern und um die Integration des Transportsystems dieser Länder in das westeuropäische System zu unterstützen und zu diesem Zweck auf die Mittel und die Untersuchung durch Sachverständige der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa zurückzugreifen;

    iv. zu diesem Zweck die mittel- und osteuropäischen Länder eng an der Arbeit der CEMT zu beteiligen;

    v. bei der Festsetzung zukünftiger Politiken nicht nur das Kosten-Nutzen-Verhältnis einer gegebenen Beförderungsart, sondern auch seine Vereinbarkeit mit einer sauberen Umwelt als Kriterium zu nehmen, was bedeutet, daß die wirtschaftliche Notwendigkeit manchmal hinter der Sorge um den größtmöglichen sozial- und umweltpolitischen Nutzen zurückstehen muß,

    vi. den Bedarf im Bereich des Kommunikations- und Transportwesens durch verstärkte Rationalisierung zu decken, indem man dafür sorgt, daß die Fahrten ausgelastet sind und die Kontrollen verstärkt werden, um zu verhindern, daß die internationalen Subventionierungsbestimmungen verletzt werden;

vii. den Weg hin zu einer wirklichen europaweiten Integration des europäischen Schienennetzes einzuschlagen, das, trotz seines großen Potentials, weniger als ein Fünftel der innerhalb des CEMT-Bereichs transportierten Güter befördert und zum großen Teil auf einer nationalen, zunehmend überholten Basis arbeitet, und dabei dem Ausbau entsprechender Eisenbahnverbindungen zwischen Ost und West besondere Aufmerksamkeit zu widmen;

viii. ein paneuropäisches Vorgehen im Hinblick auf den alpenquerenden Verkehr zu entwikkeln und dabei der besonderen topographischen und ökologischen Situation der Alpenländer mit Hilfe von Sonderregelungen Rechnung zu tragen;

ix. die Alpenländer bei ihren Bemühungen zu unterstützen, die alpenquerenden Transporte möglichst weitgehend auf dem Schienenweg zu gewährleisten dank des „kombinierten Transportsystems" oder des „Hukkepack-Systems" (Beförderung von Lastwagen auf Eisenbahnwaggons);

x. ihre Anstrengungen zu verstärken, um die wichtigsten europäischen Städte durch integrierte Netze von Hochgeschwindigkeitszügen miteinander zu verbinden, weil dies langfristig das einzige Mittel gegen die Überlastung der Straßen und Flughäfen ist;

xi. sich stärker auf den Seeweg und die Wasserstraßen in Europa zu konzentrieren, die nicht ausgelastet sind, obwohl sie bei weitem die mit dem geringsten Energieaufwand verbundene Beförderungsart darstellen, die hierzu erforderlichen Investitionen im Bereich der Infrastruktur vorzunehmen und in Erwägung zu ziehen, die Kompetenzen der CEMT auf Beförderungen auf dem Wasserwege zu erweitern;

xii. allgemeine gesetzliche und steuerrechtliche Bestimmungen zugunsten einer Verlagerung des Güterverkehrs auf den Schienenweg vorzusehen;

xiii. ihre Investitionen in „kombinierte Beförderungssysteme" zu erhöhen, d. h. die Beförderungsmöglichkeiten auf dem Schienen- und gegebenenfalls dem Wasserweg zur Entlastung des Straßenverkehrs stärker zu nutzen, und alle diesbezüglichen Vorschriften, wie z. B. in bezug auf die Größe der Container, zu harmonisieren;

xiv. die CEMT in ihren unablässigen Bemühungen um eine Verringerung des Massensterbens auf den Straßen insbesondere durch eine positive Beeinflussung des Fahrverhaltens zu unterstützen;

xv. die CEMT mit der Suche nach Lösungen für transportbedingte Umweltprobleme zu betrauen und sich zu diesem Zweck auf eine Verschärfung der Bestimmungen über Auspuffgase für sämtliche Kraftfahrzeuge, insbesondere Dieselfahrzeuge, sowie auf geräusch- und schadstoffarme Techniken für Kraftfahrzeuge und eine Verringerung des Schadstoffanteils im Treibstoff zu konzentrieren;

xvi. die CEMT aufzufordern, eine generelle Geschwindigkeitsbeschränkung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Ballungszentren zu fördern unter Hinweis auf die damit verbundenen Folgen für das Ausmaß der Unfälle, den Treibstoffverbrauch und die Luftverschmutzung;

xvii. ein für den gesamten CEMT-Bereich gültiges revidiertes europäisches Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR) abzuschließen, weil sonst die Vorschriften über die Arbeitsbedingungen der Berufsfahrer in den Mitgliedstaaten und den Nicht-Mitgliedstaaten der EG voneinander abweichen werden;

11. fordert die Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der EFTA auf, im Bereich des Transportwesens möglichst strenge gemeinsame Umweltschutzvorschriften festzusetzen, insbesondere in Anbetracht der bereits erzielten Reduzierung der durch Motorfahrzeuge verursachten Verschmutzung.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des schwedischen Ministers für Verkehr und Kommunikation und Vorsitzenden der europäischen Verkehrsministerkonferenz, Georg Andersson

(Themen: Intensivierung der Beziehungen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas — Schaffung eines europäischen Verkehrswesens — Bedeutung des Schienenverkehrs)

Tagesordnungspunkt:

Die zunehmende Überlastung der Flughäfen und des Luftraumes in Europa

(Drucksache 6163)

Berichterstatter: Abg. Flückiger (Schweiz)

(Themen: Erstellung eines europäischen Luftverkehrskontrollsystems — Ausbau und Verbesserung der Funktionsfähigkeiten von Flughäfen — Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen — Umweltschutz)

Entschließung 939 (1990)

betr. **die zunehmende Überlastung der Flughäfen und des Luftraumes in Europa**

Die Versammlung

1. ist besorgt über die zunehmende Überlastung der Flughäfen und des Luftraums in Europa sowie über die beträchtlichen Kosten und Unannehmlichkeiten, die den Passagieren und Luftverkehrsgesellschaften in Form von Verspätungen, Energieverschwendung und zusätzlichen Betriebskosten entstehen, und befürchtet, daß sich diese Situation infolge der rasch ansteigenden Nachfrage und der zur Zeit in Europa unternommenen Bemühungen im Hinblick auf eine Liberalisierung der Wettbewerbsbestimmungen im Bereich des Luftverkehrs weiter verschlechtern wird;

2. ist sich bewußt, daß diese Situation nicht nur auf die in letzter Zeit erfolgte unerwartete Zunahme des Luftverkehrs, sondern vor allem auf die unzureichende Zusammenarbeit und Integration der Luftverkehrskontrolle und die Kapazitätsüberschreitung der Flughäfen zurückzuführen ist;

3. ist insbesondere der Überzeugung, daß der Fortschritt durch die Aufteilung der Luftverkehrskontrollsysteme in Europa in 42 Kontrollzentren, die unabhängig voneinander arbeiten und oft nicht miteinander kompatibel sind, gehemmt wird;

4. hält diese Situation für besonders unbefriedigend in Anbetracht der relativ kleinen Fläche Europas und seiner hohen Bevölkerungsdichte sowie des großen Luftraums, der ausschließlich für militärische Zwecke genutzt wird;

5. stellt ebenfalls fest, daß Europa darunter gelitten hat, daß zuverlässige, für den gesamten Kontinent gültige Vorausberechnungen nicht rechtzeitig erstellt wurden, daß die Bodeneinrichtungen des Luftverkehrssystems unzulänglich waren, das technische Gerät nicht zuverlässig und veraltet war und daß die unzulänglichen Beziehungen zwischen Angestellten und leitendem Personal oft zu Arbeitsniederlegungen, Dienst nach Vorschrift oder Streikandrohungen geführt haben;

6. fordert die Mitgliedstaaten des Europarates und der ECAC (Europäische Zivilluftfahrtskommission) auf:

   i. ihre Anstrengungen — vorzugsweise im Rahmen von Eurocontrol — zu verstärken, um ein Luftverkehrskontrollsystem zu erstellen, das voll integriert ist und den gesamteuropäischen Raum abdeckt;

   ii. in unserer Zeit des Spannungsabbaus zwischen Ost und West die Möglichkeiten der zivilen Nutzung militärisch relevanten Luftraums, insbesondere während der Stoßzeiten, zu untersuchen,

   iii. bei der Planung zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit von Flughäfen umweltorientierten Aspekten, wie z. B. Lärm, Luftverschmutzung und Verkehrsstaus in Flughafennähe, besondere Aufmerksamkeit zu schenken und die Einführung von Maschinen zu beschleunigen, die weniger Fluglärm verursachen;

   iv. sich zu vergewissern, daß die Fluglotsen in der Lage sind, strengsten Sicherheitsvorschriften zu genügen, indem man bei ihrer Einstellung entsprechende Maßstäbe anlegt, angemessene Ausbildungsprogramme festlegt und für leistungsstarkes Gerät sowie günstige allgemeine Arbeitsbedingungen Sorge trägt;

   v. anzuregen, daß zwischen den einzelnen Regionen mehr Direktverbindungen abseits der wichtigsten Flughäfen und außerhalb der Luftkorridore mit hoher Verkehrsdichte geschaffen werden;

   vi. ein globales Konzept im Hinblick auf Transporte auf dem Wasser-, Luft-, Land- und Schienenweg zu entwickeln, da alle diese Bereiche interdependent sind, und insbesondere den Bau integrierter internationaler Hochgeschwindigkeitszüge für die Verbindung der großen europäischen Städte als eine Alternative zum Luftverkehr zu fördern;

   vii. im besonderen eine europaweite langfristige Planung im Hinblick auf Nachfrage und Kapazität des Luftverkehrs einzuleiten und dabei die extrem langen Fristen zu berücksichtigen, die mit dem Bau oder der Erweiterung von Flughäfen verbunden sind;

7. äußert erneut den Wunsch, daß diejenigen Staaten des Europarates, die noch nicht an Eurocontrol beteiligt sind, dies möglichst bald tun, damit die Verwirklichung der oben genannten Ziele unter bestmöglichen Voraussetzungen gewährleistet wird;

8. unterstützt die von der ECAC unterbreiteten Handlungsvorschläge in vollem Umfang, um auf europäischer Ebene das Problem der Überlastung zu bewältigen und insbesondere für den westeuropäischen Luftverkehr eine zentrale Verwaltungsstruktur zu schaffen, in der Eurocontrol eine äußerst wichtige Rolle spielen würde;

9. fordert die betroffenen Mitgliedstaaten des Europarates und der ECAC zu einer möglichst engen Zusammenarbeit auf, um dem Vorhaben der ECAC entsprechend die wichtigsten europäischen Kontrollzentren in ein einziges System zu integrieren, und begrüßt die fruchtbare Arbeit, die zu diesem Zweck vom IATA (Internationaler Luftverkehrsverband) und der Vereinigung der Luftverkehrsgesellschaften geleistet wird;

10. weist ihren Ausschuß für Umwelt, Raumordnung und Kommunalfragen an, einen Bericht vorzubereiten über Umweltschäden, die insbesondere durch Flugzeuge und ganz allgemein durch die übrigen Beförderungsmittel verursacht werden.

Freitag, 2. Februar 1990

Tagesordnungspunkt:

Die Wiederbelebung der Landwirtschaft mit der Telematik

(Drucksache 6160)

Berichterstatter: Abg. Lanner (Österreich)

(Themen: Förderung der Wettbewerbsfähigkeit ländlicher Regionen durch Ansiedlung von Informations- und Kommunikationstechnologie-Betrieben — Herstellung einer neuen Harmonie zwischen städtischen und ländlichen Gebieten — schwedisches Modell „Telecottage")

Empfehlung 1122 (1990)

betr. **die Wiederbelebung der Landwirtschaft mit den Möglichkeiten der Telematik**

1. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien neue Möglichkeiten zur Stärkung und Wiederbelebung der ländlichen Regionen Europas bieten. Die mit Hilfe solcher Technologien erreichte neue Harmonie zwischen städtischen Zentren und ländlichem Raum würde nicht nur den Hoffnungen einer zunehmenden Zahl von Europäern entsprechen, die auf dem Land leben und arbeiten und sich eine bessere Lebensqualität und bessere Umweltbedingungen wünschen, sondern sie könnte auch dem Familienleben zugute kommen, Belastungen im Bereich der Beförderungssysteme und der Umwelt abbauen und das Leben in den Städten erleichtern. Das schwedische Projekt „Telecottage" ist ein erfolgreiches Modell für die Herbeiführung solcher Veränderungen.

2. Die Versammlung nimmt mit Befriedigung die wichtigen Beiträge zur Kenntnis, die der Europarat zur Erhaltung und Entwicklung der ländlichen Regionen in Europa und deren Vielfalt im Bereich von Umwelt und Kultur — insbesondere durch die 1987 und 1988 durchgeführte Europäische Kampagne für den ländlichen Raum und seine Arbeiten im Bereich der Umwelt — geleistet hat. Der Europarat sollte seine Bemühungen zugunsten der ländlichen Regionen vor allem im Hinblick auf die Förderung und Anwendung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien fortsetzen.

3. Folglich empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, die Mitgliedstaaten, die Europäische Gemeinschaft, die Europäische Raumfahrtagentur und die OECD aufzufordern:

   a) Strategien für die Anwendung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien in ländlichen Regionen im Rahmen eines allgemeinen Entwicklungsplans auszuarbeiten, der der Entwicklung des ländlichen Raums und einer Dezentralisierung im Beschäftigungs- und Wirtschaftsbereich besondere Bedeutung beimißt;

   b) im Bereich der Telekommunikation eine Politik festzusetzen, die den Zielen und Bedürfnissen des ländlichen Raums entspricht. Dies sollte insbesondere für Preise, Infrastrukturen, Gerät und Verfügbarkeit im Bereich der Telekommunikation gelten;

   c) Maßnahmen für Tests und Experimente mit den unterschiedlichen Modellen (Infrastrukturen, Gerät und Kundenprogramme) zu ergreifen, um den besonderen Bedürfnissen derzeitiger und zukünftiger Kunden und Benutzer in ländlichen Gemeinden gerecht zu werden. Das schwedische Modell „Telecottage", das auch in anderen europäischen Ländern erprobt wird, und andere Erfahrungen sollten dieser Arbeit als Anregung dienen;

   d) insbesondere für die junge ländliche Bevölkerung Erziehungs- und Ausbildungsformen zu schaffen und zu stärken, die genau auf den Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien in ländlichen Regionen abgestimmt sind;

   e) besondere Aufmerksamkeit darauf zu verwenden, kleinen und mittleren Betrieben in allen Bereichen dabei zu helfen, die neuen Technologien unverzüglich zur Verbesserung ihrer Erträge und ihrer Wettbewerbsfähigkeit einzusetzen;

   f) eine Entwicklungspolitik zu erstellen, die die Schaffung neuer Arbeitsplätze und neuer Betriebe im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie in ländlichen Regionen erleichtert, z. B. durch eine Dezentralisierung öffentlicher und privater Dienstleistungseinrichtungen und öffentlicher Verwaltungen;

   g) eine Beschäftigungspolitik zu verwirklichen, durch die Teilzeitarbeit in ländlichen Gebieten mit Hilfe der Telekommunikationstechnologien begünstigt wird, wenn eine Dezentralisierung der Arbeitsplätze nicht möglich ist.

4. Unter Hinweis auf ihre Empfehlung 1110 (1989) betr. den Fernunterricht empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, in das intergouvernementale Tätigkeitsprogramm ein Projekt aufzunehmen, das die Mitgliedstaaten bei der Einführung der o. g. Politiken unterstützen soll.

Tagesordnungspunkt:

Die Lage der libanesischen Zivilbevölkerung, die aus ihrem Land flüchtet

(Drucksache 6155)

Berichterstatter: Abg. Flückiger (Schweiz)

(Themen: Libanonkonflikt — Rechtliche Stellung von Flüchtlingen — humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung)

Entschließung 940 (1990)

betr. **die Lage der libanesischen Zivilbevölkerung, die aus ihrem Land flüchtet**

Die Versammlung

1. verurteilt den Bombenanschlag, bei dem am 22. November 1989 Präsident Moawad und zahlreiche libanesische Zivilpersonen ums Leben kamen, sowie die Geiselnahme von Zivilpersonen, die nicht in den Konflikt verwickelt sind;

2. verweist darauf, daß jede Verschärfung des Libanon-Konflikts mit bedeutenden Bevölkerungsbewegungen einherging, sowohl innerhalb des Landes als auch in die Mitgliedstaaten des Europarates, vor allem Zypern, und ebenfalls in die Vereinigten Staaten und nach Kanada;

3. stellt fest, daß einige dieser Flüchtlinge trotz der beachtlichen Unterstützung, die vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und von anderen humanitären Hilfsorganisationen, einschließlich des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina — Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), geleistet wurde, große Not leiden;

4. bedauert insbesondere, daß in dieser Situation die Tätigkeit des IKRK durch die Entführung zweier schweizer Mitglieder, Emmanuel Christen und Elio Erriquez, erschwert wird;

5. stellt fest, daß der Rechtsstatus der Libanesen, die in den Mitgliedstaaten des Europarates ankommen, nicht immer leicht festzusetzen ist;

6. stellt fest, daß die überwiegende Mehrheit der derzeitigen Aussiedler in den Libanon zurückkehren möchte, sobald die Umstände es zulassen;

7. stellt jedoch fest, daß sich eine Reihe junger Libanesen aufgrund ihrer Weigerung, in einer Miliz oder einer bewaffneten Kampfgruppe zu dienen, in große Gefahr begeben, was sie dazu treibt, aus ihrem Land zu flüchten und in europäischen Staaten Asylanträge zu stellen;

8. wiederholt ihren Appell zugunsten der Wiederherstellung des Friedens im Libanon und der Schaffung von Bedingungen, die dem libanesischen Staat die volle Ausübung der nationalen Souveränität ermöglichen, was die einzige Lösung zur Beendigung der Leiden ist, von denen Zivilpersonen in allen libanesischen Gemeinschaften betroffen sind;

9. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarates auf:

   i. libanesischen Zivilpersonen auf Antrag befristete Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen zu erteilen, die je nach Entwicklung des Konflikts im Libanon verlängert werden können;

   ii. wohlwollend und in enger Zusammenarbeit mit dem Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen (UNHCR) die Frage zu untersuchen, ob den Libanesen gemäß des Genfer Übereinkommens über die Rechtsstellung von Flüchtlingen aus dem Jahre 1951 oder — falls dies nicht möglich ist — aus humanitären Gründen auf Antrag Asyl gewährt werden kann;

   iii. sich mit der libanesischen Zivilbevölkerung, die innerhalb des Landes vertrieben wurde, solidarisch zu erklären, indem sie den humanitären Hilfsorganisationen, die sich dieser Menschen annehmen, die für die Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlichen Mittel bereitstellt;

   iv. sich untereinander abzustimmen mit dem Ziel, die Sicherheit der Mitglieder dieser Organisationen während der Erfüllung ihrer Aufgaben vor Ort zu verbessern.



Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333